

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetrag. in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1892 unter Nr. 6552.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehnpaltige Zeile ober deren Raum 40 Pf. für Veretins- und Verfammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gernspruch-Zustimmung Amt 1. Nr. 4196.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 30. September 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungspediteure, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,
wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das 4. Quartal
entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6552.)

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienenen Theil des Romans

„Die Waffen nieder!“

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner, auf Verlangen gratis nachgeliefert, worauf wir noch besonders aufmerksam machen.

Die Redaktion und Expedition des
„Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

„An erster Linie.“

Es war einmal ein Direktor in einer mächtigen Fabrik. Dem hatten die Arbeiter dieser großen Fabrik einen Fackelzug bringen müssen, weil ihn die Guld seines Landesherren am Neujahrstage zum Kommerzienrath ernannt hatte und weil die Aufsicht der Fabrik nichts Eiligeres zu thun gehabt hatten, als mit Listen zur Einzeichnung für die Theilnahme an der „Ehrung“ in den Arbeitsfäden herumzugehen. Und gerührt von dem gewaltigen Fackelzuge „seiner“ Arbeiter erließ der Direktor der mächtigen Fabrik einige Tage darauf ein Schreiben an dieselben, in dem die schönen Worte vorliefen: „Ich kann wohl sagen, daß unseren Vorstand immer in erster Linie die Sorge um das Wohl seiner Angestellten und Arbeiter beschäftigt hat.“

Diese Fabrik ist die weltberühmte Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen am Rhein, in dessen grüne Wellen die Abwässer der Chemikalienfabrikation dieses über 3000 Arbeiter an-

wendenden Riesenbetriebes fließen. Der schöne Erlaß des Fabrikdirektors datirt vom 8. Januar 1892, und er, wie viele andere schöne Dinge aus der berühmten Badischen Anilin- und Sodafabrik sind der Nachwelt erhalten in einem wackeren Schriftchen, das eben über „Die Zustände in der Badischen Anilin- und Sodafabrik“ durch den Genossen F. J. Ehrhart (Mannheim, Verlag der Mannheimer Aktiendruckerei, 1892, 46 Seiten) veröffentlicht worden ist. Dieses gewandt und vollständig verfaßte Schriftchen, das zugleich eine treffende Kritik der Berichte des pfälzischen Fabrikinspektors bildet, liefert einen bereiten Kommentar zu dem schönen Erlaß des Ludwigshafener Fabrikdirektors. In aller erster Linie scheint danach das große Unternehmen denn doch für andere Dinge zu sorgen, als für das Wohl seiner Arbeiter. Unter weitgehender Begünstigung durch die Gemeinde Ludwigshafen an einer höchst günstigen Verkehrsstelle entstanden und emporgelährt, übrigens schon im Jahre seiner Gründung (1865) mit dem stattlichen Aktienkapital von 16 1/2 Millionen Mark ausgerüstet, hat die Fabrik zunächst dafür gesorgt, daß die Dividende für je 100 M. Aktienkapital nie unter 7 M. jährlich sank, in den letzten Jahren aber sich immer hübsch über 20 M. hielt, sodas jede 600 M.-Aktie seit Gründung die hübsche Gesamtdividende von 294 2/3 M. erhielt und jetzt für 1600—1700 M. verkäuflich ist. Weiter hat die Fabrik dafür gesorgt, daß ihre Reservesonds mit Millionen gespeist wurden, und fernere Millionen, wohl sieben bis acht seit Bestehen, als fette Tantiömen an die Direktoren und Aufsichtsräthe zur Vertheilung kamen. Nachdem dies in aller erster Linie besorgt war, mag wohl nun „in erster Linie“ an die Arbeiter gedacht worden sein. Aber es ist wenig, was dabei für diese übrig blieb, wenig schon nach den Aufzeichnungen des pfälzischen Fabrikinspektors, noch weniger aber nach der ziffermäßigen Darstellung des Genossen Ehrhart, der wie selten Einer in dem Getriebe der Fabrik Bescheid zu wissen scheint und fleißig und geschickt Alles sammelte, was die „in erster Linie“ versorgten Arbeiter angeht. Ein Drittel der Arbeitsbiene der Fabrik hat nach diesen Ermittlungen bis zu 100 Arbeitsstunden in der Woche, soweit wird das Ueberzeitarbeiten ausgezehrt. Einer dieser Kerkmsten theilt mit, daß er vier Mal wöchentlich von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends arbeite, wobei er um 1/5 Uhr aufstehe und um 1/10 Uhr heimkomme, außerdem aber zweimal wöchentlich von 4 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends schaffe und an diesen Tagen 1/3 Uhr aufstehen müsse, um 1/11 Uhr nach Haus zu kommen. Im Fabrikinspektorenbericht aber steht von einer — 10,6stündigen täglichen Arbeitszeit zu lesen! Als Ergebnis dieser Sorge für sein Wohl, welche die Fabrik betreibt, heimst dieser Unglückliche 16,58 M. netto wöchentlich ein! Das macht für 7 1/2 Tage à 10 Stunden wenig über 2 M. Der Fabrikinspektor und die Handelskammer sprechen jedoch von Durchschnittslöhnen, die sich um 3 M. bewegen — so ist

das Verhältnis von papierner Schilderung und Wirklichkeit und zwar nicht bloß in Ludwigshafen! Die Gesundheitsverhältnisse der Ludwigshafener chemischen Arbeiter sind ganz entsetzliche. Im Jahre 1889 beschäftigte die Fabrik 3430 Arbeiter. Arztliche Behandlung mußte aber in — 4209 Fällen eintreten. 1409 waren mehr als 3 Tage erwerbsunfähig, und zwar mit insgesammt 33 568 Tagen! Die Lungenschwindsucht haust fürchterlich unter den Leuten. Ehrhart kann aus dem Jahre 1889 lange Todtenlisten aufzählen; man begreift, warum ebenso genaue Angaben aus 1890 und 1891 noch nicht vorliegen. Auf den Kopf der Arbeiterzahl der Badischen Anilinfabrik kommen jährlich 12,07 Krankheitstage und auf je 100 Arbeiter 1,3 Todesfälle, in den gleichartigen Mannheimer Fabriken „nur“ je 7,8 Krankheitstage bezw. 0,5 Todesfälle. Ist es nicht herrlich, wie gerade in Ludwigshafen „in erster Linie“ für das Wohl der Arbeiter gesorgt wird? Die Einzelheiten muß man in dem interessanten Schriftchen unseres Genossen nachlesen.

Und an all der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft hängt natürlich noch der Einfluß in Staat und Gemeinde, in der Öffentlichkeit und im privaten Leben, den solch ein Riesenunternehmen ausübt. Geradezu klassisch ist in der Schrift geschildert, wie sich dieser Einfluß bei Wahlen zu Gunsten eines nationalliberalen Fabrikdirektors, der zeitweilig für den Reichstag kandidirte, äußert, wie ein neues Krankenhaus der Gemeinde zur Domäne des ohnedies überlasteten Fabrikarztes gemacht wird u. s. w. Die Fäden einer solchen Klüngelwirtschaft Marzulegen, ist für jede Stadt eine dankbare Aufgabe der Genossen. Als Muster möge ihnen hierfür, wie in jeder anderen Beziehung das treffliche Schriftchen des Genossen Ehrhart dienen. Solche Arbeiten sind die sicheren Geschosse, mit denen wir die morschen Mauern der größten Festungen bürgerlicher Gewinnsucht und Nachtdünkels durchlöchern und langsam niederlegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. September.

Braunsteuer. Das Depeschembureau „Herold“ meldet unterm 29. d. M. aus München:

Die geplante Braunsteuer-Erhöhung wird, nach zuverlässigen Mittheilungen, nur Norddeutschland betreffen; die süddeutschen Bundesstaaten zahlen für ihre Ausnahmebestellung an die Reichskasse ein Vorsum. Die norddeutsche Braunsteuer-Erhöhung hat daher für Süddeutschland nur eine kleine Steigerung der Matrikularbeiträge zur Folge. Bayern beabsichtigt nach den neuesten Nachrichten keineswegs eine Erhöhung des Malz-ausschlags. Der Finanzminister hat sich dem Staatssekretär von Rathhahn gegenüber auch gegen die Erhöhung der norddeutschen Braunsteuer ausgesprochen.

Man hat es mit einem neuen Versuch der

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

394

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Ich lasse mich von dieser Melodie wieder einigermaßen in Ruhe kullern. Nach solchen lauten und wiederholten Versicherungen kann doch keiner angreifen, und ohne daß einer angreife, giebt es keinen Krieg. Das Prinzip, daß nur noch Verteidigungskriege gerecht seien, hat sich schon so sehr des öffentlichen Bewußtseins bemächtigt, daß doch keine Regierung mehr einen Einfall in das Nachbarland unternehmen darf; und wenn sich nur lauter Bertheidiger gegenüberstehen, so können dieselben, so drohend sie auch bewaffnet, so fest sie auch entschlossen seien, sich bis aufs Messer zu wehren — doch thatsächlich den Frieden nicht brechen.

Welche Täuschung! Neben „Offensive“ giebt es ja noch verschiedene andere Arten, Feindseligkeiten zu eröffnen. Da sind die irgend ein drittes Ländchen betreffenden Forderungen und Einmengen, die als ungerecht abgewehrt werden können; da sind die alten Verträge, die man für veraltet erklärt, und für deren Aufrechterhaltung zu den Waffen gegriffen werden muß; da ist endlich das „europäische Gleichgewicht“, welches durch die Machterweiterung des einen oder anderen Staates gefährdet werden könnte und daher gegen solche Machterweiterung energisches Einschreiten erfordert. Uneingestandenmaßen, aber am heftigsten zum

Kampfe treibend, wirkt der lang geschürte Haß, welcher schließlich ebenso schußfähig und naturgewaltig nach todringendem Handgemenge drängt, wie lang genährte Liebe nach lebensschöpfender Umarmung.

Von nun an übersetzen sich die Ereignisse, Oesterreich tritt so entschieden für den Augustenburger ein, daß Preußen dies für einen Bruch des Gasteiner Vertrags erklärt und darin eine deutliche feindliche Absicht erkennt, was zur Folge hat, daß beiderseits auf's Neueste gerüstet wird und nun auch Sachsen damit beginnt. Die Aufregung ist eine allgemeine und wird immer heftiger. „Krieg in Sicht, Krieg in Sicht!“ verkünden alle Blätter und alle Gespräche. Mir ist zu Muth, als wäre ich auf dem Meere und der Sturm im Anzug...

Der gehäufte und geschmähte Mann in Europa heißt jetzt Bismarck. Am 7. Mai wird auf denselben ein Nordversuch gemacht. Hat Blind, der Thäter, jenen Sturm dadurch abwenden wollen? Und hätte er ihn abgerendet?

Ich erhalte aus Preußen Briefe von Tante Kornelia, aus welchen hervorgeht, daß dort zu Lande der Krieg nichts weniger als gewünscht wird. Während bei uns allgemeine Begeisterung für die Idee eines Krieges mit Preußen herrscht, und mit Stolz auf unsere Million ansehnlicher Soldaten gebildet wird, herrscht drüben innere Zerfahrenheit. Bismarck wird im eigenen Lande nicht viel weniger geschmäht und verkleumdet, als bei uns; das Gerücht geht, daß die Landwehr sich weigern werde, in den „Bruderkrieg“ zu ziehen, und man erzählt, daß die Königin Augusta sich ihrem Gemahl zu Füßen geworfen, um für den Frieden zu stehen. O, wie gern hätte ich an ihrer Seite gekniet und alle meine Schwefelkerne — alle — zu gleicher That hinstrecken wollen. Das, das allein sollte aller Frauen Be-

streben sein: „Friede, Friede — die Waffen nieder!“ Hätte doch unsere schöne Kaiserin sich auch zu Füßen ihres Gemahls geworfen und weinend, mit erhobenen Händen, um Entwaffnung gelehrt! Wer weiß? Vielleicht hat sie es gethan — vielleicht hätte der Kaiser selber auch gewünscht, den Frieden zu erhalten, aber der Druck, der von den Räten, von den Sprechern, Schreibern und Schreibern kommt, dem kann ein einzelner Mensch, — selbst auf dem Thron — nicht widerstehen.

Am 1. Juni erklärt Preußen dem Bundestage, es werde sofort abrüsten, wenn Oesterreich und Sachsen das Beispiel geben. Dagegen erfolgt von Wien geradeheraus die Anschuldigung, daß Preußen schon lange mit Italien einen Angriff auf Oesterreich geplant habe, weshalb Letzteres sich unmwehig ganz dem deutschen Bund in die Arme werfen wolle, um diesen aufzufordern, die Entscheidung in Sachen der Elbherzogthümer zu übernehmen. Gleichzeitig wolle es die holsteinischen Stände einberufen.

Gegen diese Erklärung legte Preußen Protest ein, weil dieselbe gegen den Gasteiner Vertrag verstöße. Damit sei zum Wiener Vertrag zurückgekehrt, nämlich zum gemeinschaftlichen Condominat; folglich habe Preußen auch das Recht, Holstein zu besetzen, wie es seinerseits den Oesterreichern den Besitz Schleswigs nicht verwehren. Und zugleich rüden die Preußen in Holstein ein. Gablenz weicht ohne Schwertstreich, aber unter Protest zurück.

Vorher hat Bismarck in einem Rundschreiben gesagt: Von Wien hatten wir gar kein Entgegenkommen gefunden. Im Gegentheil: es waren dem Könige von authentischer Quelle Auslassungen von österreichischen Staatsmännern und Rathgebern des Kaisers zu Ohren gekommen (Triestratif), welche beweisen, daß die Minister den Krieg um

offiziösen Beschlichtigungs-Hofräthe zu thun. Bekanntlich ist im Deutschen Reiche die Biersteuer zwar verfassungsmäßig Reichssteuer, aber gemäß Absatz 2 des Artikels 35 der Reichsverfassung ist in den drei süddeutschen Bundesstaaten Bayern, Württemberg und Baden die Besteuerung des inländischen Bieres nach wie vor der Sondergesetzgebung dieser Staaten vorbehalten, eine Einrichtung, die nach Artikel 78 der Reichsverfassung nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden kann. Die Einnahmen, die Bayern, Württemberg, Baden aus ihrer Biersteuer zuschießen, verbleiben voll ihren Landesklassen; dagegen müssen sie an die Reichskasse nach Maßgabe der letzterer zuschießenden Einnahmen aus der Bierbesteuerung im Biersteuergebiet, sowie im Verhältnis der Bevölkerung, besondere sogenannte Matrikularbeiträge entrichten, deren Höhe in den jährlichen Reichsetats festgesetzt wird (Artikel 38 letzter Absatz und Artikel 70 der Reichsverfassung). Nehmlich steht es mit den Reichslanden laut Reichsgesetz vom 25. Juni 1873, wonach die Bierbesteuerung der elsass-lothringischen Landesgesetzgebung „bis auf Weiteres“ vorbehalten ist. Die Reichslande haben also kein verfassungsmäßiges Reservatrecht wie Bayern, Württemberg und Baden. Wenn die Depeche des „Gerald“ von zu zahlenden Werse n, eben den oben näher bezeichneten Matrikularbeiträgen spricht, so könnte damit nur gemeint sein eine Erhöhung der bereits jetzt gezahlten Matrikularbeiträge. Was die süddeutsche Bevölkerung zu diesem Mehr an Abgaben sagen wird, versteht sich am Rande, da die breite Masse der Steuerzahler auch hier dafür in der einen oder anderen Weise für die Mehrausgabe aufzukommen hat. Erhöht Bayern den Malzausschlag nicht, dann wird eben ein anderes Loch aufgemacht. Daß aber die Biersteuer der Brauereigemeinschaft, die ganz Deutschland, ausgenommen die drei genannten süddeutschen Staaten und die Reichslande, umfaßt, erhöht werden wird, ist auch nach dieser Drohmeldung leider nur zu gewiß. Das heißt, um das Militärbudget zu erhöhen, will die Reichsregierung ein vorzügliches Volksmittel, das die Wissenschaft und die Praxis einmüthig als das beste Schutzmittel gegen den Schnapsuff erkannt haben, so hoch belasten, daß der altpreussische Fiesel nach und nach das „Nationalgetränk aller Deutschen“, die nicht zu den oberen Zehntausend zählen, werden wird. So befördert die in den Dienst des Militarismus gestellte Politik der indirekten Steuern die raschere Entartung und Verelendung der Massen. Und zum Schluß! Mag Herr von Riedel, der bayerische Finanzminister, der mit dem Reichs-Schatzsekretär von Malhahn Gensin und Steuern sagen ging, jetzt auch noch so berechtigt ableugnen lassen, die bayerische Regierung und der bayerische Landtag haben das Braunwein-Reservatrecht geopfert. So wird bei kräftigerem Druck von Berlin auch das Brauereier-Reservatrecht vernichtet oder doch durchlöchert werden. Wir kennen unsere Riedel, unsere Orterer und Schausse. —

Nochmals Herr Vosse und die pommerischen Gymnasialisten. Endlich ergreift der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ (Nr. 230 vom 29. d. M.) das Wort und theilt u. a. aus dem am 20. August d. J. an das pommerische Provinzial-Schulkollegium gerichteten Erlasse das Nachstehende mit:

„Der Minister soll über die Nothheit der pommerischen Jugend an den höheren Schulen scharfe Klage führen; der Erlaß sagt aber in dieser Hinsicht nur Folgendes: Die anerkennenswerthe Aufmerksamkeit, die das Provinzial-Schulkollegium dem Turnen und dem Turnspielen widmet, ist zugleich fürsorge für die Disziplin. Die letztere ist vor Allem zugleich durch Anregung edlerer Interessen bei der heranwachsenden Jugend zu fördern, wie es seitens des Direktors A. und einiger anderer Direktoren geschieht. Daß die vielfach auf Nothheit zurückzuführende Neigung der pommerischen Gymnasialisten zum Verbindungsleben scharf beobachtet sein will, lehren die Erfahrungen, die in den letzten sechs Jahren in (Namen von sieben Orten) gemacht worden sind; auch die von mir veranlaßte Revision des Gymnasiums zu H. machte mich mit groben Ausschreitungen einiger dortiger Schüler bekannt.“

Wir meinen, daß dieser amtliche Text ganze Bände spricht. Das „Verbindungsleben“ der grünen Junker, Pfaffen- und anderen Bourgeoisproleten, das nicht bloß auf pommerischen Schulen, sondern in fast ganz Deutschland verbreitet ist, bildet die durch virtuose Technik des Suffs

jeden Preis wünschen (Völkermord wünschen: welche furchtbare Verbrechenanlage!), theils auf Erfolg im Felde hoffend, theils, um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen und um den eigenen zerrütteten Finanzen durch preussische Kontribution aufzuhelfen. (Staatsklugheit.)

Untern 9. Juni erklärt Preußen dem Bundestag, derselbe habe kein Recht zur alleinigen Entscheidung in der Schleswig-holsteinischen Frage. Ein neuer Bundesreformplan wird vorgelegt, nach welchem die Niederlande und Oesterreich ausgeschlossen bleiben sollen.

Die Presse ist nunmehr ganz kriegerisch und zwar, wie die patriotische Sitte ist, siegesgewiß. Die Möglichkeit einer Niederlage muß für den lokalen Unterthan, den sein Fürst zum Kampfe ruft, völlig ausgeschlossen sein. Verschiedene Leitartikel malen den bevorstehenden Einzug Benedek's in Berlin aus, sowie die Plünderung dieser Stadt durch die Kroaten. Einige empfehlen auch, Preußens Hauptstadt dem Erdboden gleich zu machen. „Plünderung“, „Erdboden gleich machen“, „aber die Klänge springen lassen“ — diese Worte entsprechen zwar nicht mehr dem neuzeitlichen Völkerrichtsverständnis, sie sind aber, von den Schulstudien der alten Kriegsgeschichte her, an den Leuten hängen geblieben; derlei ward in den auswendig gelernten Schlachtberichten so oft hergesagt, in den deutschen Aufsätzen so oft niedergeschrieben, daß, wenn nun über das Thema Krieg Zeitungsartikel verfaßt werden sollen, solche Worte von selber in die Feder fließen. Die Verachtung des Feindes kann nicht drastisch genug ausgedrückt werden; für die preussischen Truppen haben die Wiener Zeitungen keine andere Bezeichnung mehr, als „die Schneidergesellen“, General-Adjutant Graf Grünne hat geäußert: „Diese Preußen werden wir mit nassem Fehem verfolgen.“ Mit-derlei macht man einen Krieg eben „populär“. So etwas kräftigt das nationale Selbstgefühl.

11. Juni. Oesterreich beantragt, der Bund solle gegen die preussische Selbsthilfe in Holstein einschreiten und das ganze Bundesheer mobil machen. Am 14. Juni wird über diesen Antrag abgestimmt und derselbe mit neun gegen sechs Stimmen — angenommen. O, diese drei Stimmen! Wie

und anderer studentischer Tugenden ausgezeichnete, von Herrn Vosse schon früher richtig bewertete Pflanzschule der mensurgesübten „Schneidigkeit“, Schuldenmacheret, Nothheit und Dummelei. —

Stuttgart. Die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 538 vom 29. d. Mts.) schreibt in einer den Stuttgarter Urkunden gewidmeten kurzen Betrachtung: „Das sonderbare Verhalten des Bürgermeisters Reinhard wird hoffentlich nicht ohne Folgen bleiben; denn aus den veröffentlichten Schreiben gewinnt man allerdings den Eindruck, daß dieser Herr sich weit mehr als Agenten der Großindustriellen denn als unparteiischen Beamten fühlt. Natürlich sind die Briefe Wasser auf die Mühle des „Vormärks.“ — Und die politisch-soziale Entwicklung läßt die Mühle immer eifriger und stärker arbeiten. Wenn die Wasserkunst nun einmal die Fluth auf unsere Räder treibt, so muß das Zentrumsbild sich bescheiden. Des alten Logau Sinngedicht ist heute so zu lesen:

„Volk's Mühlen mahlen langsam, mahlen aber schrecklich fein,
Ob aus Bangmuth es sich säumet, bringt mit Schöpf es alles ein.“ —

Wie Wahlen gemacht werden. Eine Berliner Zeitschrift des „Leipziger Tageblattes“, die das furchtbare Fiasko der Nationalliberalen, so ihnen bei der Löwenberger Reichstags-Erwahl zugestehen, rührselig behandelt, läßt sich wie folgt vernehmen: „Zunächst muß doch zur Erklärung der kümmerlich dürftigen Ziffer der national-liberalen Stimmen bemerkt werden, daß im Organisationsplan der Nationalliberalen noch mit einer erheblichen Reihe von Gemeindevorstehern gerechnet war. Als es zum Klappen kam, versagten sie sämmtlich, ohne jede Ausnahme, und die nöthige Fühlung mit einem dem behördlichen Drucke minder ausgefegten bäuerlichen Element war nicht mehr zu gewinnen.“ Aus diesem Gefändniß einer schönen Mannesseele blüht ein ganzer Garten düstiger Polizeistaatspoesie. Wäre der General von Boguslawski in der Zeit des Melinit- und Baradenfelders unter dem Zeichen des Kartells Anno 1887 ins Feld gezogen, dann wären die Amtsvorsteher „eingeschwenkt wie Unteroffiziere“. 1892 ist der Landrath von Holleufer das Schooßkind der Amtsvorsteher gewesen, und der Herr General A. D. hat ganze 433 Stimmen auf sich verehnt. So berichtet der Brietschreiber des Leipziger Blattes, daß der Schlüssel zu den nationalliberalen Wahlerfolgen der höhere Befehl, daß die treibende Kraft der Amtsvorsteher gewesen ist. Nun haben wir ja nie an diesem Thatbestand gezweifelt. Gut aber ist es, dies auch von einem Gentleman zu hören. —

Der Kölner Sperling ist in Anklagezustand veretzt und durch den Regierungspräsidenten vom Dienst suspendirt worden. —

Bildungsproletariat. Auf dem kürzlich in Leobschütz abgehaltenen ober-schlesischen Städtetage hat der Bürgermeister Gundrum von Groß-Strehlitz einer Ansicht Ausdruck gegeben, die sicher von vielen seiner Kollegen getheilt wird. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Gehaltserhöhung für städtische Volksschul-Lehrer. Herr Gundrum war zwar nicht gegen eine Aufbesserung der Lehrergehälter, aber er wünschte dieselbe an die Bedingung geknüpft: „daß die Kommunen in den Stand gesetzt würden, die Arbeitszeit der Lehrer besser auszunutzen, da eine vier- bis fünfstündige Unterrichtszeit kaum ausreichende Beschäftigung sei.“ Für Hungergehälter, die sie jetzt so gnädig sind, um eine Kleinigkeit zu erhöhen, wünschen also die Herren Stadtobersten die Freiheit einer ungeheueren Ausnutzung der Lehrkräfte! Ganz wie in der Fabrik, wo der Unternehmer für ein möglichst geringes Lumpensold möglichst viel Arbeitsstunden aus dem Arbeiter herausschlägt. Vielleicht kommt eine bürgerliche Stadtverwaltung auch noch einmal auf den genialen Gedanken, die Lehrer — im Afford zu bezahlen! —

„Deutsche und ausländische Arbeiter.“ Durch die Provinzpresse geht unter dieser Epithete ein anscheinend national-miserabler Wafschzettel, an dessen Schluß es nach Besprechung mehrerer französischer und englischer Arbeiter-

viel Jammer- und Wehgeheul hat diesen drei Stämmen als Echo nachgedröhnt!

Es ist geschöen. Die Gesandten erhalten ihre Pässe. Am 16. fordert der Bund Oesterreich und Bayern auf, den Hannoveranern und Sachsen, welche bereits von Preußen angegriffen seien, zu Hilfe zu kommen.

Am 18. ergeht das preussische Kriegsmantel. Zu gleicher Zeit das Manifest des Kaisers von Oesterreich an sein Volk und die Proklamation Benedek's an seine Truppen. Am 22. erläßt Prinz Friedrich Karl einen Armeebefehl und eröffnet damit den Krieg. Ich habe die vier Urkunden zur Zeit abgeschrieben; hier sind sie:

König Wilhelm sagt:
„Oesterreich will nicht vergessen, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrschten, will im jungen Preußen keinen Bundesgenossen, sondern nur einen feindlichen Nebenbuhler erkennen. Preußen, meint es, sei in allen seinen Bestrebungen zu bekämpfen, weil, was Preußen frommt, Oesterreich schade. Alte, unselige Eifersucht ist in hellen Flammen wieder aufgelodert; Preußen soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden. Ihm gegenüber gelten keine Verträge mehr. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, und deren Kampfgeschrei ist Erniedrigung Preußens. Bis zum letzten Augenblick habe ich die Wege zu gütigen Ausgleich gesucht und offen gehalten — Oesterreich wollte nicht.“

Dagegen läßt sich Kaiser Franz Joseph also vernehmen:

Die neuesten Ereignisse erweisen es unvorderleglich, daß Preußen nun offen Gewalt an Stelle des Rechtes setzt. So ist der unheilvollste Krieg — ein Krieg Deutscher gegen Deutsche — unvermeidlich geworden! Zur Verantwortung all des Unglücks, das er über einzelne Familien, Oegenden und Länder bringen wird, rufe ich diejenigen, welche ihn herbeigeführt, vor den Richterstuhl der Geschichte und des ewigen allmächtigen Gottes.“

Immer der „Andere“ ist der Kriegwünschende. Immer dem „Anderen“ wird vorgeworfen, daß er Gewalt an Stelle des Rechtes setzen will. Warum ist es denn überhaupt noch völkerrrechtlich möglich, daß dies geschehe? Ein

kundgebungen gegen fremde Arbeiter heißt: „Und hierin unterscheiden sich hauptsächlich die deutschen von den ausländischen Arbeitern. Während diese wohl wissen, daß es ihnen nur gut gehen kann, wenn ihre heimische Produktion in die Höhe geht, wenn Handel und Wandel im eigenen Land blühen, ist der deutsche Sozialdemokratische Arbeiter im Allgemeinen von solchem Saß gegen die Arbeitgeber erfüllt, daß er sogar diese Alltagswahrheit verkennt und, während er für sich alle möglichen Ansprüche erhebt, den Leitern der Produktion möglichst keinen Gewinn gönnt. Aus dieser Grundverschiedenheit der Auffassungen in den Arbeiterkreisen erklärt sich auch der Umstand, daß es in anderen Ländern weit leichter zu Verständigungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kommt, als in Deutschland. Hier würde nur Abhilfe geschaffen werden, wenn endlich die Sozialdemokratie in ein nationales Fahrwasser einlenkte, wozu allerdings heute noch nicht die geringsten Aussichten vorhanden sind.“ Mit seinen letzten Worten hat der Wafschzettel ausnahmsweise einmal Recht. Für das „Nationale“, das von Bismarcknechten, Schlotzfüßern, Agrariern und Antisemiten um die Wette gemißbraucht wird, sind die deutschen Arbeiter zu gut. Was gehört aber im Uebrigen für eine Heuchelei dazu, den deutschen Arbeitern ihre freundliche Haltung gegen ausländische Kameraden vorzuwerfen und von ihnen zu verlangen, daß sie die Ausländer anbellern, die dem Kapitalisten gerade unbequem sind, während Hamburgische „echt-nationale“ Rheider indische Trimmer beschäftigen, und die noch „nationaleren“ Agrarier immer sehnsüchtiger nach den Kulis ausblicken! —

Militarismus und Versammlungsbrecht. Vor einiger Zeit ging, so liest man in der „Thüringer Tribüne“ (Nr. 155 vom 29. September), durch die Blätter die Nachricht, daß es in Jena den Bemühungen der Vertreter aller politischen Parteien gelungen sei, die dortigen Saal-inhaber zu bewegen, ihre Lokalitäten keiner Partei zu verweigern. Dieses Uebereinkommen, das von der gesammten ansässigen Presse ohne Unterschied der Parteirichtung mit Freuden begrüßt wurde, scheint nicht den Beifall des militärischen Höchstkommandirenden von Jena, des Majors und Bataillonskommandeurs v. Wagenhoff gefunden zu haben, wie folgender Vorfall beweist. Die örtliche Verwaltungsstelle des deutschen Tischlerverbandes beabsichtigte am 24. September einen Ball zu veranstalten, zu welchem auch die übrigen Gewerkschaften geladen waren. Als Festlokal war das Schützenhaus in Wenigenjena in Aussicht genommen, der Wirth desselben hatte seine Zusage gegeben und alles schien in Ordnung. Da erhielt einige Tage nachher der Bevollmächtigte des Tischlerverbandes von dem Wirth die Mittheilung, daß er seine Zusage zurückziehe, da er nach einer ihm von dem Kommandeur des in Jena garnisonirenden 3. Bataillons des 94. Regiments gewordenen Benachrichtigung Militärverbot zu gewärtigen habe, falls er sein den Tischlern gegebenes Wort halte. Mündlich erklärte der Wirth dem Bevollmächtigten der Tischler, daß er vermute, der Bürgermeister von Wenigenjena habe den im Mandoc befindlichen Major von dem geplanten Tanzvergnügen erst in Kenntniß gesetzt. Die schriftliche Benachrichtigung des Majors legte der Wirth dem Bevollmächtigten vor. Wie erstaunte aber der Letztere, als er beim Umwenden des Schriftstücks auf der anderen Seite folgende „Anfrage“ des Wirths an den Major entdeckte:

Hochwohlgeboren
Herrn Major Freiherr von Wagenhoff.
Ew. Hochwohlgeboren werden gütigst vergeihen, daß ich mich mit einer Frage an Sie wende. Am 24. d. M. will der hiesige Tischlerverband in meinem Lokal einen Ball abhalten, will aber dazu die Gewerkschaften einladen. Um nun nicht wieder in die Gefahr zu kommen, Militärverbot zu bekommen, frage ich Ew. Hochwohlgeboren, ob ich in diesem Falle den Ball annehmen kann oder nicht. Die Tischler haben mir versichert, daß bei dem Ball Politik durchaus nicht berührt wird, und daß es eben nur ein Ball sein soll, doch möchte ich Ew. Hochwohlgeboren bitten, mir gütigst einen Rath zu ertheilen, wonach ich mich dann richten werde.
Im voraus meinen besten Dank sagend, zeichne
mit aller Hochachtung ganz ergebenst
W. Jena, den 8. Sept. 92.

Eduard Treibar,
Schützenwirth.
Auf die submissivste Eingabe des Wirthes hatte nun

„unheilvoller Krieg“, weil „Deutsche gegen Deutsche“. Ganz richtig: es ist schon ein höherer Standpunkt, der über „Preußen“ und „Oesterreich“ den weitesten Begriff „Deutschland“ erhebt — aber nur noch einen Schritt: und es wäre jene noch höhere Einheit erreicht, in deren Licht je der Krieg — Menschen gegen Menschen, namentlich zivilisirte gegen zivilisirte — als unheilvoller Bruderkrieg erscheinen müßte. Und vor den „Richterstuhl der Geschichte“ rufen — was nützt das? Die Geschichte, wie sie bisher geschrieben wurde, hat noch niemals anders gerichtet, als daß sie dem Erfolge huldigte. Derjenige, der aus dem Kriege als Sieger hervorgeht, vor dem fällt die historienkribbelnde Wölbe in den Staub und preist ihn als den Erfüller einer „Kulturmission“. Und „vor dem Richterstuhl Gottes, des Allmächtigen“? Ja, ist es denn dieser selber nicht, der stets als der Verleer der Schlachten hingestellt wird — geschieht denn mit dem Ausbruch sowohl als mit dem Ausgange jedes Krieges nicht eben dieses Allmächtigen unverrückbarer Wille? O Widerspruch über Widerspruch! Ein solcher muß sich eben überall einstellen, wo unter Phrasen die Wahrheit verdeckt werden soll, wo man zwei einander aufhebende Prinzipien — wie Krieg und Gerechtigkeit, wie Völkerracht und Menschlichkeit, wie Gott der Liebe und Gott der Schlachten — nebeneinander gleich heilig halten will.

Und Benedek sagt:
„Wir stehen einer Streitmacht gegenüber, die aus zwei Hälften zusammengesetzt ist: Linie und Landwehr. Oesterreich bildet lauter junge Leute, die, weder an Strapazen und Unternehmungen gewöhnt, niemals eine bedeutende Kampagne mitgemacht haben. Letztere besteht aus jetzt unzuverlässigen, mihvergnügten Elementen, die lieber die eigene miltärische Regierung stützen, als gegen uns kämpfen möchten. Der Feind hat insolge langer Friedensjahre auch nicht einen einzigen General, der Gelegenheit gehabt hätte, sich auf den Schlachtfeldern heranzubilden. Veteranen von Minio und Palestro, ich denke, ihr werdet unter euren alten bewährten Führern es euch zur besonderen Ehre rechnen, einem solchen Gegner auch nicht den leichtesten Vortheil zu gestatten. Der Feind prahlt seit langer Zeit mit seinem schnellen Klein-

der Major folgende Antwort ergehen lassen und dieselbe auf die Rückseite der Eingabe geschrieben:

III. Bataillon 94. Sundern, 19./9. 92.
J. Nr. 1229.

Unschuldig dem Herrn Antragsteller mit dem Erwidern, daß, sofern sich unter den bezeichneten Vereinen Sozialdemokraten befinden und der Fall in Ihrem Lokal abgehalten werden sollte, der Besuch des letzteren für die Garnison Jena ein für allemal untersagt werden wird.

v. Wagenhoff,
Major und Bataillons-Kommandeur.

Ein von einer Gewerkschaft veranstalteter Ball bedeutet den Sissang, die Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft. Als kühner Held, ein Eisbrecher im Waffenrock, gestiefelt und gepornet, säbeltrasselnd und eindrucksvoll, erscheint der Jenaer Bataillonskommandeur und rettet sämtliche thüringischen Kleinstaaten. Das Verhängnis ist noch einmal abgewehrt worden. Man denke auch: hochverräterische Walzer, Guiltotinir-Franzosen, kommunistische Rheinländer sind am Ende gar ein Revolutions-Rehbraus, der die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung vom Wengener Tausboden spurlos wegwegt, sind Dinge, womit sich nicht spaßen läßt. Unsere Anerkennung dem Gesellschaftsleiter, Herrn von Wagenhoff! —

Kronenwährung in Oesterreich. Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet, daß voraussichtlich zum 1. Januar 1894 die Rechnung in Kronenwährung als obligatorisch eingeführt werden wird. Das Budget pro 1894 dürfte schon in der Kronenwährung aufgestellt werden. Auf dem Papier nimmt sich die Valuta-Reform recht schön aus. Im Uebrigen wurfelt man weiter mit dem Guldenzettel. Die „Goldbede“ des verschuldeten Oesterreichs ist halt „zu kurz“.

Aus Marseille wird uns unterm 26. September geschrieben: Von neuem hat sich die Solidarität des organisierten und für seine Befreiung kämpfenden Proletariats aller Länder in glänzender Weise bekundet. Der Einladung der französischen Arbeiterpartei folgend war Genosse Liebknecht als Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Partei auf dem Kongresse von Marseille erschienen. Genosse Lafargue stellte ihn in der Sitzung am 25. September den Mitgliedern des Kongresses vor, und stürmischer Beifall folgte auf seine Begrüßungsworte; ein gleich begeisterter Empfang wurde dem Vertreter der belgischen Arbeiterpartei, dem Genossen Anseele, bereitet. Als sich die nicht enden wollenen Beifallsbezeugungen gelegt hatten, antwortete Genosse Liebknecht mit folgender Ansprache:

Genossen, Brüder!

Ich wollte heute morgen die so wichtige und für mich besonders interessante Diskussion über den ersten Mai nicht unterbrechen; jetzt jedoch ist es unsere Pflicht, Anseele's und die meine, vor Eintritt in die Tagesordnung Ihnen für den herzlichsten Empfang zu danken, den Sie uns bereitet haben, uns, den Fremden, um die Sprache der alten Gesellschaft zu sprechen. Wir wissen, daß dieser Ausdruck von Sympathie und internationaler Begeisterung nicht unseren Persönlichkeiten gilt, sondern den Parteien, die wir vertreten und die uns hierher gefandt haben. Mich hat die deutsche sozialdemokratische Partei, der organisierte und kämpfende Sozialismus Deutschlands, zu Ihrem Kongress entsandt und mich beauftragt, Ihnen die Grüße und brüderlichen Wünsche des arbeitenden und sozialdemokratischen Deutschlands zu überbringen. Vor zwei Jahren entsandten Sie Ferroul und Gussé zu unserem Kongress in Halle. Vergangenes Jahr haben wir den Besuch nicht erwidern können. Heute befinden wir uns nun in Ihrer Mitte, und schütteln Ihre Hand im Namen des deutschen Proletariats. Dieser Kongress heißt ein Nationalkongress, aber er ist zugleich ein internationaler Kongress. Sie sind international, wir sind es auch. Für uns Sozialisten existiert keine Nationalitätsfrage; wir kennen nur zwei Nationen, die Nation der Kapitalisten, der Bourgeoisie, der bestehenden Klasse einerseits und andererseits die Nation der Proletarier, der enterbten Klasse, der Arbeiterklasse. Und dieser zweiten Nation gehören wir alle an, französische wie deutsche Sozialdemokraten. Wir sind eine Nation; die Arbeiter aller Länder bilden eine einzige Nation, die im Gegensatz zu der anderen Nation steht, welche gleichfalls in allen Ländern ein und dieselbe ist.

Zwischen Euch Franzosen und uns Deutschen fließt ein breiter Blutstrom; wir sind unschuldig an diesem Blute. Unsere Feinde haben es vergossen; und dieser Blutstrom bildet für uns keine Grenze des Hasses. Wir sind Brüder. Wir haben gegen den Bruderkrieg von 1870 Protest erhoben, wie Ihr es gethan habt, und unsere Haltung gegenüber dem Kriege

gewehrfeuer — aber, heute, ich denke, daß soll ihm wenig Nutzen bringen. Wir werden ihm wahrscheinlich keine Zeit dazu lassen, sondern ungekämmt ihm mit Bajonett und Kolben auf den Leib gehen. Sobald mit Gottes Hilfe der Gegner geschlagen und zum Rückzug gezwungen sein wird, werden wir ihn auf dem Fuße verfolgen und ihn werdet in Feindesland auch andrängen und diejenigen Erholungen im reichlichsten Maße in Anspruch nehmen, die sich eine siegreiche Armee mit volstem Rechte verdient haben wird.

Prinz Friedrich Karl endlich spricht:
Soldaten! Das treulose und bundesbrüchige Oesterreich hat ohne Kriegserklärung schon seit einiger Zeit die preussischen Grenzen in Oberösterreich nicht respektiert. Ich hätte also ebenfalls ohne Kriegserklärung die böhmische Grenze überschreiten dürfen. Ich habe es nicht gethan. Heute habe ich eine betreffende Kundgebung überreichen lassen und heute betreten wir das feindliche Gebiet, um unser eigenes Land zu schonen. Unser Anfang sei mit Gott. (Ist das derselbe Gott, mit dessen Hilfe Wendel versprochen hat, den Feind mittels Bajonett und Kolben zurückzuschlagen? ...) Auf ihn laßt uns unsere Sache stellen, der die Herzen der Menschen lenkt, der die Schicksale der Völker und den Ausgang der Schlachten entscheidet. Wie in der heiligen Schrift geschrieben steht: Laßt eure Herzen zu Gott schlagen und eure Häute auf den Feind. In diesem Kriege handelt es sich — ihr wißt es — um Preußens heiligste Güter und um das Fortbestehen unseres theuren Preußens. Der Feind will es ausgeprochenemmaßen zerstören und erniedrigen. Die Ströme von Blut, welche eure und meine Väter unter Friedrich dem Großen und wir jüngst bei Düppel und auf Alsen vergossen haben, sollten sie umsonst vergossen sein? Nimmermehr! Wir wollen Preußen erhalten wie es ist, und durch Kriege kräftiger und mächtiger machen. Wir werden uns unserer Väter würdig zeigen. Wir bauen auf den Gott unserer Väter, der uns gnädig sein und Preußens Waffen segnen möge. Und nun vorwärts mit unserem alten Schlachtruf: Mit Gott für König und Vaterland. Es lebe der König!
(Fortsetzung folgt.)

haben wir niemals geändert. Die Bourgeoisie, darauf bedacht, uns zu trennen und zu teilen, behauptet in ihrer Presse, wir hätten uns geändert, wir seien nicht mehr die Sozialdemokraten von 1870/71, wir hätten das revolutionäre Banner im Stiche gelassen, wir seien Chauvinisten geworden. Sie hat schändlich gelogen. Wir haben weder unsere Ziele, noch unsere Taktik verändert; wir sind noch heute, was wir von Anfang an waren und wir werden bleiben, was wir sind: revolutionär und international. Auf unserem letzten Kongresse haben wir uns sogar ein revolutionäreres Programm gegeben, als das erste war, und dieses Programm enthält einen Paragraphen, welcher ausdrücklich erklärt, daß wir einig sind mit den Proletariern aller Länder und uns mit denselben solidarisch erklären. Wir internationalen Sozialisten bilden ein großes Heer, indem Ihr Franzosen und wir Deutschen, sowie die Sozialisten der anderen Länder nur verschiedene Armeekorps bilden. Und, glauben Sie mir, wir, die wir gegen Bismarck gekämpft, ihn niedergeworfen und nach fünfundzwanzigjährigen Kämpfen geschlagen haben, wir werden durch keine Macht der Welt unterjocht und von unserem Ziele abgelenkt werden. Wir sind bereit, unseren letzten Blutstropfen für die Sache des Sozialismus zu vergießen, und wir werden unseren Emanzipationskampf fortsetzen, bis wir den Sieg errungen haben. Ich will mich jetzt nicht mit der Politik beschäftigen; ich schließe mit dem Rufe, der alle sozialdemokratischen Versammlungen in Deutschland beschließt und Ihnen von dem in unserer Bewegung herrschenden Geist Zeugnis ablegt: „Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!“

Ein wahrer Beifallssturm begrüßte diese Erklärungen des Delegierten der deutschen sozialdemokratischen Partei, die Begeisterung der französischen Delegierten war unbefriedigend, und der Vorsitzende, Genosse Ferroul, versicherte, daß die französischen Sozialdemokraten niemals die Lügen der Bourgeoisie über die deutsche Brudertruppe geglaubt hätten. Zum Beweise, daß die französische Arbeiterpartei die gleichen Sympathien der deutschen Partei entgegenbringe, wie diese ihr, forderte er die Kongressmitglieder auf, sich von ihren Sitzen zu erheben und mit ihm zu rufen: „Es lebe das Deutschland der Arbeit! Wohl Enthusiasmus leisteten sämtliche Delegierte diesen Worten Folge.“

Die Zeitung „Paris“ hat, wie der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 273 vom 29. d. Mts.) aus Paris geschrieben wird, über die Frage der Ausweisung Liebknecht's die Meinung des Herrn Soinour, Direktors der politischen Polizei im Ministerium des Innern, eingeholt. Die Nachricht von der Ausweisung ist falsch, sagte dieser, vollständig falsch. Wir haben, gegenwärtig wenigstens, gar keinen Grund zu einer solchen Maßnahme. Nichts in der gehaltenen Rede, trotz der sozialistischen Tendenz derselben, bietet einen Anhaltspunkt dafür. Ich weiß wirklich nicht, wer diese Fabel erfunden hat, noch auch, aus welchem Grunde sie erfunden worden ist. Aber ich kann es nur wiederholen: Niemand ist die Eventualität der Ausweisung auch nur in Betracht gezogen worden. — Derselbe Korrespondent schrieb einen Tag vorher („Frankfurter Zig.“ Nr. 272 vom 28. Sept.): „Die Idee, daß Liebknecht wegen einer Rede ausgewiesen werden solle, worin er das gerade Gegenteil von antisozialistischen Äußerungen gethan hat, erscheint eine so absurde, und die Quelle, aus welcher die Nachricht stammt, ist eine so verdächtige, daß man gut thun wird, an eine chauvinistische Böswilligkeit zu glauben, welche nach zwei Seiten zugleich hehen will, gegen die Deutschen und gegen die Sozialisten. Einzig der „Gaulois“ greift heute die Meldung auf und dringt in die Regierung, ihre Pflicht gegen die „internationalistischen Heher“ zu thun, gegen die deutschen Sozialisten, die zuerst Deutsche und dann Sozialisten seien und die dem Fürsten Bismarck alle gewünschten Kredite bewilligt hätten (!). Dieser reaktionäre Vorstoß läßt immer deutlicher die eigentlichen Urheber des Gerüchtes erkennen und den Zweck, den sie damit verfolgen. Es ist gewissen Leuten äußerst unangenehm, daß die mit so vielem Fleiß in Frankreich aufrecht erhaltene Anschauung, wonach alle Deutschen geschworene Feinde Frankreichs sind und nur auf dessen Vernichtung sinnen, einen Stoß erleiden soll. Das ist der tiefere Grund des ganzen falschen Lärms.“

Der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 456 vom 29. September) wird aus Paris telegraphisch:

„Dem Figaro“ zufolge wäre gestern in Lyon die Ausweisung Liebknecht's doch erfolgt. Dies geschah so vorsichtig, daß bis Mittag Niemand von der Maßregel wußte. Liebknecht habe Lyon anscheinend allein mit dem Morgenzuge verlassen, sei aber von Polizeianten bis an die Grenze gebracht worden. Als Ursache bezeichnet man nicht die Rede Liebknecht's, sondern einige Ausrufe betreffende Stellen einer im „Temps“ veröffentlichten Unterredung. Liebknecht sagte nach diesem Berichte, es sei jammervoll, daß Frankreich vor dem Jaren unterhängig kriechen und einem Autokraten die Füße lässe; Rußland werde Frankreich verrathen, wie es Deutschland verrieth. Das „Petit Journal“ hingegen versichert, daß keine Ausweisung erfolgt und Liebknecht freiwillig abgereist sei. Diese Meldung klingt weniger wahrscheinlich, da Liebknecht sonst seine Absicht, Abends einer Versammlung im Theater Bellecour beizuwohnen, ausgeführt hätte.“

Wir haben darauf zu bemerken, daß diese ganze Ausweisungs-Geschichte eine Gutmis ist. Es ist unrichtig, wie wir aus bester Quelle hiermit konstatieren, daß Liebknecht in Lyon sich hat aufhalten wollen. Er ist nur durchgereist, weil er direkt nach München i. Gf., wo er in einer Versammlung sprechen wird, weitergefahren ist. „Derold“ bespricht denn auch:

Lyon, 29. September. Liebknecht, der gestern hier angekommen ist, wurde weder aufgefordert seine Absicht zu beschleunigen, noch ist derselbe sonst von der Polizei belästigt worden.

Ferner bringt Wolff's Bureau folgendes Telegramm: Eine Note des Ministers des Innern erklärt die Meldung des „Figaro“, wonach der deutsche Reichstags-Abgeordnete Liebknecht von der französischen Regierung ausgewiesen worden sei, für unrichtig.

Schluß der italienischen Kammer. Das römische Amtsblatt veröffentlichte am 28. d. M. einen Erlass, durch das der Schluß der gegenwärtigen Parlaments-Session ausgesprochen wird. Die Wahlen stehen vor der Thür.

Berichtigung. In der Notiz: Die Sozialdemokratie in der Schweiz (Nr. 228, Politische Uebersicht) lies: Ludwig Börne, nicht Ludwig Löwe.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratische Presse. Mit dem 1. Oktober erscheint in Paris ein Blatt für die Interessen und die Rechte der Frauen, das vollkommen auf sozialistischem Boden steht. Das Blatt führt den Titel „L'Harmonie Sociale“ (Die soziale

Harmonie) und erscheint wöchentlich einmal unter der Redaktion von Aline Balette. Bereits ist die Probenummer erschienen, welche das Programm enthält, das an Klarheit und Entschiedenheit nichts zu wünschen läßt. Es geht vorwärts überall! Unsere besten Wünsche begleiten das neue Unternehmen.

Eine neue Eigennachricht über sozialdemokratische Angelegenheiten macht in der gemäßigten Presse wieder die Runde. Danach soll die „Gazeta Robotnica“ eingehen, und zwar weil die Propaganda unter den Polen unserer Partei viel koste, aber wenig Erfolg gebracht habe. Unsere Leser wissen, daß im Gegentheil die sozialdemokratische Propaganda unter den Polen sehr gute Fortschritte macht.

Die Berliner Arbeiter-Sanitätskommission, welche Dr. Jabel im Verein mit einer Reihe anderer, unserer Partei angehöriger Aerzte organisiert, wird auch von der ultramontanen „Königlichen Volks-Zeitung“ für eine nützliche Einrichtung erklärt. Das Blatt sagt: Wenn die Arbeiter-Sanitätskommission sich wirklich der angelegentlichsten „absoluten Objektivität“ befleißigt, kann sie zweifellos Gutes leisten; denn es liegen in den großen Berliner Arbeitervierteln viele sanitäre Uebelstände vor, deren Aufdeckung und rasche Beseitigung um so dringender erscheint, als die Cholera-gefahr keineswegs vorbei ist und im Allgemeinen die Arbeiterviertel gegenüber den vornehmen Stadtteilen etwas vernachlässigt erscheinen. Ein Studiengang durch die verschiedenen Stadtbezirke und ein Einblick in die riesigen überfüllten Hofwohnungen lehrt dies zur Genüge. Es fehlt auch in Berlin nicht an Stellen, die sich als Seuchenherde erweisen könnten.“

Bei der Gewerbegerichtswahl in Leuchern (Provinz Sachsen) wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Kandidaten mit je 69 Stimmen gewählt. Die von freimüthiger Seite aufgestellten Kandidaten erhielten, wie der „Zeiter Volksbote“ berichtet, jeder nur eine Stimme.

Gegen die Erhöhung der Militärlasten protestirte entschieden eine Volksversammlung zu Hannover, in welcher Reichstags-Abgeordneter Wurm referirt hatte.

Liebknecht in den Reichsländern. Nicht über die allgemeine Weltlage, so lesen wir in unserem Nachbar Parteiorgan vom 28. September, darf Liebknecht morgen Abend (Mittwoch) im Gießeler sprechen, sondern über „die wirtschaftliche Lage und die Sozialdemokratie“. Die Abänderung des Themas ist eine Folge unserer herrlichen vereinsgesellschaftlichen Zustände. 1. Art. 1 des Gesetzes vom 6./10. Juni 1868 macht politische Versammlungen von der Genehmigung der Behörde abhängig, während nichtpolitische dieser Genehmigung nicht bedürfen. Die Versammlung darf keinen politischen, sondern nur einen „wirtschaftlichen“ Charakter tragen! Wir Verfasser sind doch glückliche Leute!

Von der Agitation. In Sackrau (Kreis Ohlau) hielt am Sonntag der Redakteur der Breslauer „Volksrecht“, Genosse Karl Thiel, auf einem Acker eine Versammlung ab, die trotz der Gegenagitation des Kriegervereins und des Gemeindefürstentums von gutem Erfolge gewesen ist. Aus den Dörfern der Umgegend strömte die Landbevölkerung in Scharen herbei, man kam zu Fuß und zu Wagen, und hörte die Ausführungen des Referenten über das Thema: „Was hat die ländliche Bevölkerung von der Sozialdemokratie zu erwarten?“ mit Interesse und Beifall an und versprach in einer Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte, künftig nur sozialdemokratisch zu wählen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. In das dreifache Hoch, welches zum Schluß auf die Sozialdemokratie ausgebracht wurde, stimmten die Bauern kräftig ein. Nach der Versammlung unterhielten sie sich mit unseren Breslauer Genossen aufs freundlichste im Wirthshause.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Dem Bürgermeister von Penig, welcher mehrere Versammlungen verbot, in denen der frühere Lehrer Wolf aus Töhlen über das Thema reden wollte: „Warum ich nicht mehr Volksschullehrer bin“, ist von der Kreis Hauptmannschaft eröffnet worden, daß er in drei Fällen zu dieser Verboterei kein Recht hatte.

— Schändlich. Genosse Conrad Müller erhielt „wegen Verübung groben Unfugs“ einen auf 9 M. oder 3 Tage Haft lautenden Strafbefehl. Der Unfug soll darin bestehen, daß Müller in einer am 17. Juli stattgehabten Versammlung beim Singen der Arbeitermarxellasse statt der Schlussworte: „die uns geführt Vassall“ mit durchdringender Stimme gesungen habe: „Die rothe Republik“. Was man nicht definiren kann, sieht man für groben Unfug an. Bemerk sei, daß die Versammlung in einem geschlossenen Raume stattfand und die Marxellasse von allen Anwesenden mitgesungen wurde. Einspruch ist erhoben.

— Am Dienstag Nachmittag wurde in der Leipziger Volksbuchhandlung nach dem 26. Heft der Sozialdemokratischen Bibliothek, betitelt: „Gnug und Verrois“, „Die wahre Gestalt des Christenthums“, gehandelt. Es wurden zwei Broschüren dieser Schrift gefunden und beschlagnahmt.

— In Frankfurt a. O. waren sieben Parteigenossen, darunter Genosse Haber, wegen unbefugter Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen und Plätzen angeklagt. Da die Verbreitung der Schriften jedoch nur in den Wohnungen geschehen war, sprach das Schöffengericht die Angeklagten frei, lehnte aber den Antrag ab, den Angeklagten die ihnen aus dem Termin erwachsenen Kosten zu erstatten.

— Polizeiwillkür. Dem Verlag der sozialdemokratischen „Elsaß-Lothringischen Volks-Zeitung“ war es fernzeit von der Straßburger Polizei nicht gestattet worden, Plakate aufschlagen zu lassen, in welchem zum Abonnement auf dieses Blatt aufgefordert wurde. Solche Plakate, hieß es, dürften nicht aufgeschlagen werden, und man könne mit der „Elsaß-Lothringischen Volks-Zeitung“ keine Ausnahme machen. Jetzt aber prangen an allen Ecken große Plakate, in welchen das Abonnement auf eine Solalzeitung empfohlen ist.

— Noch etwas vom weierlei Recht. In Hessen verwehrt man den Sozialdemokraten die Zellersammlungen, den Antisemiten sind sie gestattet. Dabei behauptet Artikel 13 der heftigen Verfassung, daß „alle Hessen“ vor dem Gesetz „gleich“ seien.

— 30 M. sollten die Genossen Schröder, Sinn und Wänther aus Kierspe Strafe zahlen, weil sie — wie die „Westfälische Freie Presse“ mittheilt — der dortigen Polizei das Mitgliederverzeichnis eines Vereins nicht eingereicht hatten, der in Wirklichkeit noch gar nicht bestand. Das Schöffengericht zu Weimergagen sprach sie frei.

— Die Parteigenossen Schäftesfabrikant Brzostewitz und Sattler Schlichting in Ströburg i. G. fanden am 21. September vor dem Landgericht unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Die Delikte sollen, wie die „Frankf. Zig.“ mittheilt, am 28. Februar bei Gelegenheit eines Festes des Arbeiter-Gesangvereins begangen worden sein. Brzostewitz sollte sich hierbei in beleidigender Weise über ein Bild des Kaisers geäußert, Schlichting die bekannte kaiserliche Rede über die „Röglar“ perflirt haben. Brzostewitz wurde durch die Zeugnisaussagen überführt und zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten, dem Strafmilieu verurtheilt. Schlichting wurde als nicht überführt freigesprochen. Die Zeugen, welche fast ausschließlich Parteigenossen waren, wurden anstandslos verurteilt, dagegen verweigerten Verschiedene mit Rücksicht auf ihre Religionslosigkeit anfänglich die Ableistung des gesetzlich formulierten Eides, ließen sich aber schließlich doch dazu bestimmen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 30. September. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla. Schauspielhaus. Rabala und Liebe. Lesung - Theater. Die Orientreise. Deutsches Theater. Torquato Tasso. Berliner Theater. Napoleon. Wallner-Theater. Papa Funder. Vorher: Die Geschwister. Bellealliance-Theater. Das Nachtlager zu Granada. Kroll's Theater. Der Troubadour. Residenz-Theater. Der selige Loup. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Schindler. Thomas-Theater. Rein Hüfing (Keine Heimstätte). Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna. Alexanderplatz-Theater. Nord in der Kohlmeßergasse. Dierauf: Tannhäuser. Ostend-Theater. Don Carlos. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna. Gefangnisse in 3 Akten von L. Troplow. Couplets von G. Görss. Musik von G. Steffens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkenmeyer in Coburg. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater. Heute, den 30. September: Mord in der Kohlmeßergasse. Poffe in 1 Aufzuge von H. Bergen. Dierauf: Tannhäuser. Große Ausstattung. u. Gefangnisse. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend, den 1. Oktober: Novität! Novität! Die Liebe vor Gericht. (Trial by Jury.) Operette in 1 Aufzuge von W. S. Gilbert und Arthur Sullivan.

Circus Corty-Althoff. Berlin, Friedrich-Garl-Platz. Sonnabend, 1. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr: Gala-Eröffnungsvorstellung. Aus dem reichhaltigen Programm sind hervorzuheben: Vorführung des wunderbar dressirten Kapphengstes Inoxyable durch den Direktor Pierre Althoff. Frau Adèle, Barforce-Reiterin. 3 Gebr. Gelli, chinesische Excentrique - Akrobaten. Mlle. Vidal, Schulkreiterin. Mr. Daniels, Original - Tiger - Clown. Herr A. Rossi, Jockey-Reiter. Troika, flache hohe Schule, geritten vom Direktor Pierre Althoff, ohne Hängel. Austr. der Luftgymnastiker 3 Gebr. Dunbar. — Sonntag, den 2. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr: Grillant-Vorstellung m. neuem Programm. Näheres die Plakate. Hochachtungsvoll Die Direktion: Corty-Althoff.

Feen-Palast. Burgstraße, neben der Börse. Täglich. Or. Spezialitäten - Vorstellung. Mit Selina, die singende Lustfee, Gruppe Leopold, Kraft u. Zahnproduktionen a. d. Ringen, Altherr-Gruppe, Parterre - Akrobaten, Mr. Clermont, m. f. dress. Esel, Schweinen, Känen etc., Garretton-Gruppe, Excentr. Akrobaten, Granau und Sersfeld, Wiener Duellisten, Herm. Schults, Gefangnisse-Humorist. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Fuß!! ein Riesen-Kind!!! Ohne Extra-Entrée. von 11-1 und 4-9 Uhr.

Egyptische Ausstellung.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten. Geöffnet von Morgens 10 Uhr an. Heute Vorführung der Karawane nur um 4 1/2 Uhr. Sonntag, den 2. Oktober: Unwiderruflich: Abschieds-Vorstellungen um 4, 6 und 7 1/2 Uhr.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin I (Putzer). **Verammlung** am Sonntag, den 2. Oktober, Vorm. 11 Uhr, Dresdenerstraße 96. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung der Liquidations-Kommission des ehemaligen Fachvereins der Putzer. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Fragelasten. NB. Die Kollegen werden ersucht, die im Jahre 1891 ausgegebenen Statistik-Bücher in dieser Verammlung abzugeben. Der Bevollmächtigte.

Achtung! Steinmehlen. Achtung!

Sonntag, den 2. Oktober, Vormittags 10 Uhr: **Große öffentliche Verammlung** im Lokale des Herrn Müller, Johannisstraße Nr. 20. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über die neue Gewerbe-Ordnung. Referent: Regierungs-Baumeister a. D. Kossler. 2. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen in der Verammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

General-Verammlung

der Einsetzer (Tischler) Berlins und Umg. am Sonntag, den 2. Oktober, Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 44. Tages-Ordnung: 1. Wahl des ersten Vorstehenden, des zweiten Kassiers und von vier Beisitzern. 2. Kassen- und Revisionsbericht. 3. Fragelasten. Der II. Vorstehende.

Öffentliche Verammlung für Männer und Frauen

am Sonnabend, den 1. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus Ostend, Büdersdorferstraße 45. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Das Wesen der Hausindustrie und ihre Wirkung.“ Referentin: Fräulein Baader. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Entree 10 Pf. Der Einberufer.

Arbeiter-Bildungsschule (Nordbezirk).

Große Verammlung am Sonntag, 2. Oktober, Ab. 6 Uhr, in Pape's Salon (fr. Knebel), Badstr. 58. 1. Vortrag des Herrn Dr. Joll: Aus den ältesten Tagen der Menschheit. 2. Diskussion. Nachdem: Geselliges Beisammensein und Tanz. Gäste sehr willkommen. Die Schulkommission.

Arbeiter-Bildungs-Schule (Süden).

Sonntag, 2. Oktober, Abends 6 1/2 Uhr, in Heinrich's Festsaal, Blücherstr. 61: **Verammlung.** Vortrag des Herrn Dr. Bernstein über: Anstehende Krankheiten. Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein mit Tanz. Gäste sind willkommen. 2254b

Fachverein der Tischler.

Sonnabend, den 15. Oktober 1892: **Bereins-Kränzchen** im „Konzerthaus Sanssouci“ Grottenstr. 4a. Anfang Abends 8 1/2 Uhr. Billets sind auf allen Zahlstellen des Vereins sowie bei folgenden Herren zu haben: Conrad, Barwalderstr. 58, Quergeb. 2 Tr.; Schulz, Briherstraße 42, 4 Tr.; Mieke, Adalbertstr. 9, 4 Tr.; Glocke, Lausitzerstr. 52, 3 Tr.; Koblenzer, Adalbertstr. 96, Quergeb. 1 Tr.; Hopps, Rixdorf, Berlinerstr. 84/85; Mews, Mariannenstr. 18, 4 Tr.; Klawitter, Oppelnerstr. 16; Grusobke, Pflückerstraße 58, Hof 2 Tr.; Siebert, Kopenstraße 27, 1 Tr.; Zwanzig, Fürbringerstraße 27; Thiel, Borchstraße 15; Maass, Schwedterstraße 1, 1 Tr.; Forner, Elisabethstr. 49, Quergeb. 3 Tr.; Wiedemann, Wallstr. 7/8, im Arbeitsnachweis. 55/6 Der Vorstand.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79. Täglich: Borussia-Konzert- und Komplet-Sänger. Gastspiel des Charles Randolf, Zauberkünstler und Gedankenleser à la Cumberland. Wochentags frei. Sonntags Entree 30 Pf. Or. Frühstücks- u. Mittagstisch, Zwei Säle zu Verammlungen und Vergnügungen. sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen. F. Sadtke.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Van- und gewerblich. Hilfsarbeiter Berlins.

Sonntag, den 2. Oktober: Mitglieder-Verammlung bei Säger, Grüner Weg 29. Tagesordnung: 1. Vereinsmittheilungen. 2. Abrechnung des Kassiers. 3. Verschiedenes. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. 126/20 Der Vorstand. J. A.: Gabegast. Vereinszimmer mit Piano u. Regeldahn noch zu vergeben bei Lehmann, Neue Grünstr. 14. 2259b

Castan's Panoptikum.

Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends. sehr geräumig, ungefüllt, m. Piano. Blüch. Simeonstr. 23. Vereinsz.

Bruchbänder,

chirurg. Gummivaaren, Gummistrümpfe, Geradhalter, Leibbinden, Spritzen, Suspensoria etc., Umstandsbinden, medicin. Verbandstoffe, Brillen etc., Pincenez, sowie Artikel aller Art zur Krankenpflege empfiehlt (2950L) J. Ch. Pollmann, gopr. Bandagist, Berlin, 30 Liniestraße 30. Lieferant für die vereinigten Hilfs-Krankenkassen.

Genossenschaftsbäckerei für Berlin und Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.) Wir veröffentlichen bis auf Weiteres folgende Niederlagen unseres Brotes:

Osten: Emil Böhl, Frankfurter Allee 74. Albert Böhl, Büdersdorferstr. 8. Krause, Büschingstr. 7. Wwe. Keil, Marzlinstr., Ecke Blumenstr. Willh. Wandelt, Kopenstr. 36. Reimann, Andreas-Marktstraße Stand Nr. 50. Max Richter, Grüner Weg 65. Ang. Zickorow, Friedrichsfelderstr. 10. Willh. Heller, Friedrichsbergerstr. 24. Willh. Mispel, Posenstr. 32. A. Kotho, Langestr. 11. Herm. Licht, Langestr. 71. (Dom 1. Oktober Nr. 56). G. Neundorf, Al. Marxstr. 3.

Nordosten: F. Goske, Bahmannstr. 17. Fritz Rintisch, Pallfadenstr. 91. Carl Backhaus, Pallfadenstr. 62. W. Golles, Georgenkirchstr. 3. C. Mittmann, Lichtenbergerstr. 14. Reinhold Dreissig, Weberstr. 25. A. Krüger, Köpckestr. 18.

Südosten: Carl Halpapp, Kottbusstr. 18. Wilhelm Jerratsch, Bienerstr. 31. Fr. Mittmann, Oppelnerstr. 30. A. Alschner, Naunynstr. 65a. Paul Post, Reichenbergerstr. 139. C. Huberich, Lübbenerstr. 22. Paul Neidhardt, Naunynstr. 70. Julius Haase, Diegnitzerstr. 42. F. Pott, Grünauerstr. 33. F. Müller, Waldemarstr. 64. J. Wansser, Forsterstr. 57. H. Grimpe, Wanteuffelstr. 22. C. Zinke, Stalitzerstr. 123. Kabisch, Stalitzerstr. 146. R. Lück, Reichenbergerstr. 21. W. Grüneberg, Wanteuffelstr. 37. A. Krause, Naunynstr. 11a. H. Müller, Grünauerstr. 25. C. Hüssel, Görtzstr. 62. Hamann, Wanteuffelstr. 8. C. Kien, Görtzstr. 67. E. Stendel, Cuvyrstr. 48. J. Paehle, Forsterstr. 16. G. Grim, Reichenbergerstr. 54. Claus, Bienerstr. 42. J. Schilk, Forsterstr. 49. C. Trampo, Wrangelestr. 13. A. Keil, Adalbertstr. 69. C. Scholz, Falkensteinstr. 29. J. Wegener, Falkensteinstr. 17. W. Legier, Kopenickerstr. 126a. Richard Krause, Weichhorstr. 17. August Labitzke, Prinzessinnenstr. 28. O. Mörcke, Wrangelestr. 28.

Centrum: Franz Schmidt, Linienstr. 245. R. Ojst, Alte Schönhauserstr. 16. Herm. Großfeld, Linienstr. 63. W. Werner, Heiligegeiststr. 87. P. Salzweil, Klosterstr. 83. St. Schmele, Ritterstr. 5. D. Krüha, Albrechtstr. 4.

Norden: R. Dittmar, Brunnenstr. 82c. R. Willich, Christinenstr. 35. Hermann Grashold, Prenzlauer Allee 222. H. Ramlow, Schönhauser Allee 185. Oscar Ahlers, Biondikirchstr. 11, Ecke Biondikirchplatz (Hür). Ang. Grünsoch, Usedomstr. 15.

Die mit einem * bezeichneten Niederlagen führen nur Genossenschaftsbrot. Wiederverkäufer, welche noch Aufnahme in die Liste wünschen, wollen sich Müllerstr. 33a/34 schriftlich melden. 95/15

Der Brotverkauf findet außerdem in unseren Bäckereien statt: Müllerstr. 33a/34. Gartenstr. 35. Brunnenstr. 122a. Weidenweg 99. Manteuffelstr. 63. Hasenhaide 117/18. Dieffenbachstr. 58a. In den mit ** bezeichneten Bäckereien ist auch weiße Backwaare per Stück 2 Pf. zu haben.

Der Vorstand. Adolf Scholz. Hugo Lazarus.

C. Königsfeld, Ihre- u. Goldwaaren-Geschäft

Reinickendorfer-Str. 89. Spezialität: Ringe, größte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 2685L. **Volks-Seife** mit den Bildnissen bekannter Volksmänner. Preis: Stück 10 Pf., 6 Stück 50 Pf. 2974L. Bortheilhafteste Seife für den Hausgebrauch. Für Wiederverkäufer d. d. Haupt-Agentur Max Kochler, Dresdenerstr. 53, 11

August Schulze

35 Kommandanten-Strasse 35. 1. Etage [1954 L]. Trauringe: empfiehlt sein Lager in massiven Ringen, Kotten, Korallen, Granaten etc. Bitto auf Haus-No. zu achten. 2 Dukaten 21 M.

Dr. med. Böhm, prakt. Arzt, Spezialarzt

für Naturheilverfahren und Massage. Kochstr. 37, 2 Tr. 8-9 und 4-5. Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Dnipenstr. 149, 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10. Allen Genossen u. Freunden zur gest. Kenntnissnahme, daß ich in Friedrichsberg, Wartenburgstraße 68, ein Barbiergeschäft eröffnet habe. 2269b Veruh. Weisskind, Vors. des Arbeiter-Bildungsvereins für Friedrichsberg.

Von der Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 28. bis 29. September, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Staat und Bezirk	Ort	Datum:							
		25./9.	26./9.	27./9.	28./9.				
Hamburg.	Hamburg.	126	47	70	33	58	42	70	25
Preußen:									
Schleswig.	Mitna.	11	7	11	4	9	9	9	6
Stettin.	Siepgarten.	-	-	-	-	-	-	3	1

Bereingelte Erkrankungen:

Regierungsbezirk Stettin: in der Stadt Stettin und 1 Ort des Kreises Greifenhagen je 1 Erkrankung.
 Regierungsbezirk Magdeburg: in 1 Orte des Kreises Stendal 1 Todesfall.
 Regierungsbezirk Schleswig: in der Stadt Wandsbeck, Kreis Stormarn, 1 Todesfall; in 1 Ort desselben Kreises sowie in der Stadt Neudburg je 1 Erkrankung.
 Regierungsbezirk Koblenz: in der Stadt St. Goar 1 Todesfall.
 Regierungsbezirk Düsseldorf: Duisburg ein Todesfall, aus Dortrecht eingeschleppt.
 Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin: in der Stadt Ludwigslust 1 Erkrankung.

Die amerikanische Presse, schreibt die „National-Zeitung“ (Nr. 552 vom 29. d. Mts.) hat sich in den letzten Tagen in scharfen Ausfällen gegen den amerikanischen Vizekonsul in Hamburg, Herrn Charles S. Burke, gewendet, indem sie ihn der Fahrlässigkeit bei Ausstellung eines Gesundheitspasses für den am 17. v. M. von Hamburg nach New-York in See gegangenen Dampfer „Moravia“ beschuldigt. Bekanntlich war dies Schiff das erste in der Reihe deutscher Handelsfahrzeuge, auf welchem während der Ueberfahrt 22 Todesfälle von Cholera gemeldet und von welchem Zwischendeckspassagiere unter choleraartigen Symptomen gelandet wurden, von denen einer im New-Yorker Hospital der Seuche erlegen ist. Um seine Handlungsweise öffentlich zu rechtfertigen, hat der amerikanische Vizekonsul einem Reporter gegenüber höchst auffallende, in der „Sun“ vom 5. d. M. wiedergegebene Neußerungen gemacht. Herr Burke giebt darin zu, ein vom Hamburger Senat ausgestelltes Gesundheitszeugnis, nach welchem in der Stadt und auf den im Hafen befindlichen Schiffen ein guter Gesundheitszustand herrsche und keinerlei ansteckende Krankheiten in Form einer Epidemie vorhanden seien, am 16. August Nachmittags gewohnheitsgemäß mit einer Beglaubigung der Unterschrift und des Siegels des Senatssekretärs versehen zu haben. Erst am 22. habe er das Gericht von dem Auftreten asiatischer Cholera innerhalb Hamburgs vernommen, doch sei auf seine direkte Frage die Richtigkeit desselben von dem Chef der Polizei, Senator Bachmann, ausdrücklich in Abrede gestellt worden, der dann erst folgenden Tages das amtlich konstatierte Vorhandensein der asiatischen Epidemie zugegeben habe. Dem ungeachtet seien dem Konsulat an jenem 23. August nicht weniger als sieben vom Senat ausgestellte „reine“ Gesundheitspässe vorgelegt worden, deren Beglaubigung er jedoch verweigerte. Noch am 25., 2 Tage nach der amtlichen Konstatierung der Krankheit, sei ihm eine gleiche Bescheinigung behufs Expedition der „Normannia“ vorgelegt worden, nach deren Wortlaut keinerlei Epidemie in Hamburg herrschen solle und welche er gleichfalls beanstandet habe. Der amerikanische Vizekonsul schiebt demnach alle Verantwortung dem Hamburger Senat und der dortigen Gesundheitsbehörde zu, auf deren amtliche Feststellungen allein das Konsulat seine Kenntnis des öffentlichen Gesundheitszustandes stütze. Auch die Vertreter anderer Mächte seien in gleicher Weise zur Legalisirung von „reinen“ Gesundheitspässen veranlaßt worden. Was hat die Hamburger Regierung hierauf zu sagen?

Hamburg, 28. September. Der Senat hat für die nach Afrika gehenden Dampfer strenge Anordnungen getroffen, um einer Einschleppung der Cholera in die deutschen Schutzgebiete vorzubeugen. Unter Anderem wird eine fünfjährige ärztliche Beobachtung in Cuxhaven vorgeschrieben, bevor die Dampfer in See gehen. Die aus etwa 150 Personen bestehenden Bewohner eines in der Rahanien-Allee in St. Pauli gelegenen Hauses wurden auf Anordnung der Gesundheitskommission disloziert und in einem großen Kiezerhause untergebracht, wo sie verpflegt werden. In dem von den Bewohnern geräumten Hause waren gegen 40 Personen an der Cholera erkrankt und davon 18 gestorben. Die bewegliche Habe der Dislozierten wurde nach einem großen Schuppen gebracht und wird dort polizeilich bewacht. Die Polizei hat den Eigentümer des geräumten Hauses zum Umbau desselben veranlaßt. In ähnlicher Weise wird auch in den anderen Stadttheilen von den Gesundheitskommissionen mit Energie und eventuellem Zwangsweiser Reinigung der verfeuchten Häuser vorgegangen.

Hamburg, 29. September. Amtlich werden 70 Cholera-Erkrankungen und 25 Todesfälle gemeldet; davon entfallen auf gestern 44 Erkrankungen und 16 Todesfälle. Die Transporte betragen gestern 66 Kranke und 12 Leichen.

Stettin, 29. September. Amtlicher Meldung zufolge ist ein in der Elisabethstraße wohnhafter Arbeiter an der Cholera erkrankt. Ein neuer Todesfall infolge von Cholera ist nicht vorgekommen.

Lübeck, 28. September. Das zweite Gabenverzeichnis für die Nothleidenden in Hamburg weist 6500 M. auf. Bis heute Mittag sind in Lübeck insgesammt 25 777,59 M. eingegangen. Außerdem sind in Travemünde 1000 M. gesammelt.

Essen a. d. Ruhr, 29. September. Der Rheinisch-westfälischen Zeitung zufolge hat die seitens der Ärzte in Duisburg und des Professor Bränkel in Marburg vorgenommene bakteriologische Untersuchung ergeben, daß der Schiffer Rod in Duisburger Hafen infolge asiatischer Cholera verstorben ist.

München, 29. September. Beide städtische Kollegien bewilligten 6000 M. für die Nothleidenden Hamburgs.

Katzen, 29. September. Hier und in Pordgorze ist je ein Choleraerkrankter vorgekommen.

Amsterdam, 29. September. Die Stadt hatte gestern 13 Erkrankungen an Cholera, 2 sind in Velt, in Groningen, Naasland, Brielle, Oostvoorne, Naarlemmer-Neer zusammen 8 Todesfälle an Cholera vorgekommen. Offiziell werden für ganz Holland für die verfloßene Woche 24 Todesfälle an Cholera angegeben.

Brüssel, 29. September. Die Cholera ist in ganz Belgien in der Abnahme begriffen. In der Provinz Antwerpen waren

31 Gemeinden davon infiziert, 214 Personen sind bisher gestorben. In der Provinz Ostflandern waren 21 Gemeinden infiziert. Der Vorort Anderlecht hat eine Desinfektionsbaracke erbaut für die aus den geräumten Häusern entfernten ansteckungsverdächtigen Personen. Man beabsichtigt die infizierten Häuser niederzureißen. Im Vorinage und zu Paturages ist die Cholera ebenfalls zurückgegangen, dagegen tritt jetzt Typhusepidemie auf.

Paris, 29. September. Hier sind 47 Erkrankungen und 16 Todesfälle an Cholera gemeldet.

Cherbourg, 29. September. Gestern waren hier drei Todesfälle an Cholera zu verzeichnen.

New-York, 28. September. Der Dampfer „Normannia“ ist heute nach Southampton abgegangen. Die „Maetia“ ist heute aus der Anarantane entlassen worden. Unter den auf der Swinburne-Insel in Beobachtung befindlichen Reisenden sind keine neuen Erkrankungen vorgekommen. Die Patienten sind auf dem Wege der Besserung.

Parteinachrichten.

Aufruf an alle Arbeiter-Sängervereinigungen resp. Bünde Deutschlands.

Betreffs Herbeiführung einer Liebergemeinschaft aller Arbeiter-Sängervereinigungen resp. Bünde Deutschlands werden die Vorstände derselben ersucht, ihre Adressen, soweit das noch nicht geschehen, an den Unterzeichneten einzusenden. Der Zweck dieser Liebergemeinschaft für die Arbeiter-Sängervereinigungen ist ein so großer, daß eine baldige Herbeiführung dieser Vereinigung wünschenswerth erscheint.

Der Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes
 Berlin und Umgegend.

J. A.: Adolph Neumann, 1. Vorsitzender,
 Berlin N., Brunnenstr. 101, 11.

Ultramontanes. Wie von ultramontaner Seite die christliche Nächstenliebe in der Praxis aufgefaßt wird, geht zur Genüge daraus hervor, daß ein Aufruf zur Sammlung für die hungernden Arbeiter in Hamburg, welcher im „Gmünder Tageblatt“ gegen Vergütung erscheinen sollte, mit der Androhung zurückgewiesen wurde, daß von sozialdemokratischer Seite überhaupt keine Annoncen aufgenommen würden.

„Ueber die Heiligkeit und Bedeutung des Eides“, schreibt die Apoldaer „Freie Presse“ in Nr. 29 vom 25. September, lieierte die am 17. d. Mts. stattgefundenen Schöffengerichts-Verhandlung, wo der Redakteur des Blattes, Genosse Aug. Baudert, wegen angeblichen Derandhängens einer rothen Fahne unter Anklage gestellt war, interessante Einzelheiten; so hatte der Polizeiwachmeister Jeller der Anklage gemäß beschworen, daß auf fraglicher Fahne die Inschrift gestanden: „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!“ Erst als der Angeklagte darauf hinwies, daß auf seiner Fahne die Worte geschrieben seien: „Arbeiter aller Länder seid einig!“ und nachdem dann der Vorsitzende des Schöffengerichts den Jungen auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht, erklärte der Polizeiwachmeister Jeller: „Es thue ja möglich sein, daß doch Anderes, wie er zuerst gesagt, darauf stände!“ Infolge der gegen das Urtheil eingelegten Berufung wird der Beurtheiler zu gegebener Zeit mit Beweisen dienen, daß mehrere unter Eid abgegebene Behauptungen des Wachmeisters nicht aufrecht erhalten werden können, wie dies schon bezüglich der Inschrift der Fall war.“

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung von Donnerstag, den 29. Septbr. Nachmittags 5 Uhr.

Die Zuhörtribüne ist stark besetzt, der Zugang zu derselben von 3 Uhr ab geschlossen.

Stadt. Dr. Meyer II zeigt Urlaub auf 3 Wochen an. Am 3. Oktober erfolgt die Annahme des Neubaus der höheren Bürgerschule Belle-Alliancestraße 50.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst mehrere Berichte des Petitions-Ausschusses.

Ueber eine Anzahl von Petitionen (zum Theil Unterstützungsgesuche) wird zur Tagesordnung übergegangen. Ueber die Petition des Kaufmanns Gomund Jacobsohn, Schlegelstr. 10, betr. die Anbringung des Niederlischen patentirten Läutewerks an den Pferdebohrwagen soll entgegen dem auf der Tagesordnung stehenden Ausschusshantrag besonderer Bericht erstattet werden.

Hierauf scheidet die Versammlung zur Wahl des ersten Bürgermeisters. Die Wahl erfolgt auf 12 Jahre. Anwesend sind, wie durch Namensaufruf festgestellt wird, 110 Mitglieder.

Bei der Wahl werden 117 Zettel abgegeben. Auf den zeitigen Bürgermeister Jelle lauten 94 Stimmzettel, 22 sind unbeschrieben, daher ungültig. Eine gespaltete Stimme entfällt auf dem Stadt. Neumann.

Bürgermeister Jelle ist somit auf 12 Jahre zum ersten Bürgermeister gewählt.

Unter den 22 weißen Stimmzetteln befinden sich auch diejenigen der anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Partei. Es folgt die Wahl von 7 unbesoldeten Stadträthen an Stelle der Herren Seelitz, Haack, Mamroth, de Rove, Koefel, Schäfer und Weigert.

Sämmtliche Wahlen erfolgen auf 6 Jahre. Die 7 Wahlgänge nehmen fast anderthalb Stunden in Anspruch. Das Ergebnis ist die Wiederwahl sämmtlicher 7 Stadträthe, und zwar erhalten:

Seelitz	76	von 88	giltigen Stimmen, daneben 14 weiße.
Haack	93	94	„
Mamroth	81	85	„
de Rove	71	81	„
Koefel	83	85	„
Schäfer	84	83	„
Weigert	71	80	„

Nach Erledigung der Wahlen beräth die Versammlung zunächst die Petition des Komitees der 1892er Ausstellung von Wohnungs-einrichtungen wegen unentgeltlicher Lieferung von Gas und Wasser zum Zwecke dieser Ausstellung. Der Ausschuss empfiehlt Ueberweisung zur Berücksichtigung. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Der Verein für Verschönerung des Spreeborn-Grundstücks zu Ebersbach in Sachen hat die Gewährung einer Beihilfe zur Errichtung eines Monumentalbaues über der Sprequelle erbeten. Der Magistrat beantragt zu diesem Zwecke 300 M. zu bewilligen; die Versammlung tritt dem Antrage bei.

Zur Verbreiterung der Artilleriestraße sind von dem Grundstücke Nr. 7 ca. 311 Quadratmeter erforderlich. Der Magistrat schlägt vor, da die Verläufe, das ganze Grund-

stück zu dem f. Z. von der Versammlung für angemessen erklärten Preise von 350 000 M. zu erwerben, resultatlos geblieben sind, das Enteignungsverfahren eintreten zu lassen.

Der Antrag wird angenommen.

Dem Dienstpersonal der städtischen, diesmal wegen Cholerafahrt bereits am 5. d. M. geschlossenen Fluß-Badeanstalten soll angesichts des Ausfalls, den dasselbe dadurch erlitten hat, und im Hinblick auf die anerkanntwerthen Leistungen der betreffenden Angestellten der Lohn für den Septembermonat unverfügt gezahlt werden. Es handelt sich im Ganzen um 2548 M.

Ohne Debatte genehmigt die Versammlung die Vorlage.

Der von der Müllerstraße, Seestraße und der Jungfernhöhe (Gemarkungen Zegel und Reinickendorf) begrenzte Theil des Bebauungsplanes, Abtheilung X¹, ist vom Magistrat infolge der nordwestlich vorschreitenden Bebauung Berlin's und der neuerdings von verschiedenen Grundbesitzern gestellten Anträge zur Verschiebung der Straße 23 auf die Mitte der Grundstücke 129/13, und zur Anlage neuer Straßen auf dem Grundstücke Müllerstraße 88/91 einer durchgreifenden, schon längst wünschenswerth erschienenen Umarbeitung unterzogen worden. Der bezügliche Entwurf der Baudeputation wird einem Ausschuss von 10 Mitgliedern überwiesen.

Nach einem dringlichen Antrage des Magistrats sollen die Zentralstelle des städtischen Steuer-Einzugsamts, die Abtheilung des letzteren für verzögerte Steuerzahler und die Steuer-Annahmestellen I und II aus dem Rathhause nach dem Hause Poststr. 1 in Mieträume (für einen von 11 000 auf 9500 M. ermäßigten Mietzins) verlegt werden, und zwar schon vom 1. Oktober ab, um im Rathhause Raum für das nach dem neuen Einkommensteuer-Gesetz gänzlich zu reorganisierende und sehr beträchtlich zu erweiternde Einkommensteuer-Bureau zu gewinnen.

Stadt. Singer: Wir werden durch die Vorlage aufgefordert, der Beschaffung einer besonderen Dienstlokalität für die Zwecke des Steuer-Einzugsamts vom 1. Oktober ab zuzustimmen. Zunächst befremdet mich, daß auch in diesem Falle das leidige Schauspiel sich wiederholt, daß der Magistrat zwei Tage vor dem Termin, wo er mieten will, von uns die Genehmigung dazu nachsucht. Aus der Begründung ergibt sich, daß der Magistrat das Bedürfnis der Erweiterung des Einkommensteuer-Bureaus schon früher erkannt hat, und richtiger wäre es gewesen, wenn die Magistratsvorlage so zeitig gekommen wäre, um uns eine gründliche Prüfung der Verhältnisse zu ermöglichen; denn daß das von heute bis übermorgen nicht geht, brauche ich wohl nicht auseinanderzusetzen. Ich beantrage deshalb, die Vorlage einem Ausschuss von 10 Mitgliedern zu überweisen. Für diesen Antrag spricht außer dem angeführten noch der weit wichtigere Grund, daß mit der Genehmigung dieser Vorlage die Versammlung im Grunde auch die vom Magistrat beantragte notwendige Reorganisation der Einkommensteuer-Bureaus genehmigt, eine erhebliche Zahl neuer Beamten bewilligt, kurz beträchtliche Ausgaben gutheißt, ohne sich in der Lage befinden zu haben, einmal die — von mir gar nicht bezweifelte — Nothwendigkeit der Reorganisation und dann die Zweckmäßigkeit und Sachgemäßheit der speziellen Magistratsvorschläge zu erörtern. Das kann die Versammlung einem Gegenstande von dieser Bedeutung gegenüber nicht; solche Dinge dürfen nicht über's Knie gebrochen werden. Die Versammlung muß dem Antrage zustimmen, auch um dem Magistrat zu zeigen, daß, wenn ihm die zeitige Einbringung einer solchen Vorlage nicht möglich ist, sie die Verantwortung für eine hastige und überhastete Behandlung ablehnt. Die Gefahr der Einsetzung eines Ausschusses halte ich nicht für groß. Sehr vertrauenswürdig ist die Offerte für die Mieträume schon deswegen nicht, weil in so kurzer Zeit von 11 000 M. 1500 M. abgelassen worden sind; vielleicht ist auch der Betrag von 9500 M. noch nicht das letzte Wort des Vermieters. Wir werden die Lokalität jedenfalls nicht verlieren, denn sie wird schwerlich in 8, 14 Tagen anderweitig vermietet werden. Ich bitte, den Antrag auf Ausschussübertragung anzunehmen.

Stadtrath Vorhardt tritt für die Annahme der Vorlage ein. Die Verwaltung habe am 1. August die Nothwendigkeit der Raumvermehrung auf das Eingehende nachgewiesen; die in Aussicht genommenen Räume seien von 4 Stadträthen angesehen und für durchaus angemessen erachtet worden.

Stadt. Nicolai empfiehlt ebenfalls die Annahme der Vorlage wegen ihrer Dringlichkeit.

Die erste Beratung wird geschlossen und der Antrag Singer auf Ausschussberatung abgelehnt.

Zu der zweiten Beratung erklärt

Stadt. Kalisch, daß für die Frage der Reorganisation, d. h. der beträchtlichen Erweiterung des Einkommensteuer-Bureaus Ausschussberatung unbedingt nothwendig sei, damit die Versammlung in diese Verhältnisse einmal gründlich hinein sehen könne, zumal es leicht kommen könnte, daß eine spezielle Vorlage wegen Vermehrung der etatsmäßigen Kräfte gar nicht an die Versammlung gelangte, weil noch Hilfskräfte resp. die Mittel für dieselben vorhanden seien.

Stadtrath Hagen hält die Einsetzung eines Ausschusses für überflüssig, da die Vorlage für sich allein und auf Grund des unmittelbaren Bedürfnisses nach Raumvermehrung der bestehenden ganz unzulänglichen Bureaus betrachtet werden müsse. Auf die Umgestaltung des Einkommensteuer-Bureaus behalte sich ja die Versammlung selbstverständlich ihre Mitwirkung vor. Die Mietung der qu. Lokalität müsse sofort erfolgen, damit die Neu-Einrichtung der Räume für das Einkommensteuer-Bureau unverweilt vorgenommen werden könne.

Stadt. Singer: Selbst wenn der Magistrats-Kommissar mit seiner prinzipiellen Ausführung bezüglich der Mitwirkung der Versammlung Recht hätte, würde das nicht gegen Ausschussberatung sprechen. Nach früheren Vorgängen auf diesem Gebiet bedarf der Magistrat recht sehr eines sachverständigen Beiraths aus der Versammlung bei der Auswahl solcher Lokalitäten. Die Ausführungen des Stadtraths beweisen gerade die Nothwendigkeit genauer Prüfung. Die Beamten, welche so lange Jahre in den so unzulänglichen bisherigen Räumen gearbeitet haben, werden es wohl auch noch 14 Tage länger aushalten können, bis sachgemäße Prüfung und Beschlußfassung unfererseits stattgefunden hat.

Stadt. Kalisch beantragt, der Mietung zuzustimmen, um den ersten Schritt der Reform zu bewilligen, für die Reorganisation des Einkommensteuer-Bureaus aber einen Ausschuss einzusetzen.

Stadt. Meyer I erklärt letzteres bei dieser Gelegenheit für unstatthaft, wünscht im Uebrigen, da Gefahr im Verzuge sei, die Genehmigung der Mietung.

Stadt. Dinse stellt von Neuem den Antrag auf Ausschussberatung der ganzen Vorlage; Stadt. Kalisch zieht seinen Antrag zurück und bei der Abstimmung entscheidet nunmehr die Mehrheit für die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss.

Die übrigen Gegenstände werden von der Tagesordnung abgesetzt. Schluß 9 Uhr.

Lokales.

Die zur Uebung einberufenen Reservisten und Landwehrmänner machten wir nochmals darauf hinweisen, daß die Anmeldung des Anspruchs auf Unterstützung der Familien spätestens vier Wochen nach beendigter Uebung beim hiesigen Magistrat erfolgen muß; später eingehende Anträge werden gewöhnlich als verspätet zurückgewiesen. Zur Bequemlichkeit der Interessenten werden jetzt für die Anmeldung des Anspruchs Formulare ausgegeben, und zwar im Zimmer 99 im Rathhause, 3 Treppen, Eingang Spandauerstraße über die Wendeltreppe. Gleichzeitig sei bemerkt, daß der Anspruch auf Rückerstattung gezahlter Steuern für die Uebungszeit den Mannschaften ohne Rücksicht auf etwa empfangene Unterstützung zusteht und daß bezügliche Anträge an die Steuer- und Einquartierungs-Deputation des Magistrats zu richten sind.

Zur Cholera. In die Choleraabardeen des Krankenhauses Moabit wurde gestern früh die Leiche des Ritters Otto Hanke zur Sektion eingeliefert. Hanke, der in der Admiralsstr. 36 im zweiten Hof eine Kellereiwohnung inne hatte, erkrankte in der Nacht gegen 1 Uhr Morgens. Es stellten sich bei ihm heftige Krämpfe in Armen und Beinen ein, er mußte wiederholt erbrechen und starb um 4 Uhr Morgens. Durchfall hat Hanke nicht gehabt. Seine Leiche wurde nach dem Leichenhause gebracht und dort veranlaßt man ihre Ueberführung nach Moabit, da man Grund für die Annahme gefunden zu haben glaubte, daß Hanke an der Cholera gestorben sei. Die Sektion der Leiche wurde im Hause des geistigen Nachmittags vorgenommen. Unter den Personen, welche seit vorgestern Abend als choleraverdächtig in Moabit eingeliefert worden sind, befinden sich einige, bei denen man der weiteren Entwicklung der Krankheitserscheinungen mit Besorgnis entgegen sieht. Dieses gilt in erster Reihe von dem Postkassierer Widwe, der auf der Straße Berlin-Hamburg thätig ist. Er befand sich auf dem in der letzten Nacht aus Hamburg hier eingetroffenen Schnellzug und war während der Fahrt unter schweren choleraartigen Anzeichen erkrankt. Nach seiner Ankunft in Berlin wurde er auf Veranlassung des Sanitätsbureaus auf dem Lehrter Bahnhof nach Moabit übergeführt. Die in diesem Falle angestellten bakteriologischen Untersuchungen waren gestern Mittag noch nicht zum Abschluß gekommen. Von dem Sanitätsbureau auf dem Lehrter Bahnhof ist ferner ein holländischer Soldat, Namens Wösch, der über Hannover aus Holland hier eingetroffen ist und choleraverdächtig erschien, nach Moabit zur Beobachtung befördert worden. Eine sehr schwere Erkrankung an Cholera nostras ist bei dem Bukarester Kaufmann Hirschkowsky festgestellt worden, der vor ein paar Tagen hier eingetroffen war und in einem Hotel in der Friedrichstraße Quartier genommen hatte. Der Musikdirektor Bartholomäus hat gestern das Hospital gelehrt verlassen. Die in den Choleraabardeen zurückgeliebenen Patienten befinden sich auf dem Wege der Besserung. Es befanden sich gestern Mittag in Moabit an Cholera-Patienten und in den Beobachtungsstationen 63 Personen, darunter 10 Cholerafranke.

Zum Stande der Cholera in Charlottenburg erfahren wir von amtlicher Seite, daß gestern Abend unter choleraverdächtigem Erscheinungen eine Frau Westler in das Paradenlager eingeliefert worden ist.

Auch aus Tangermünde wird uns das Auftreten der Cholera asiatica gemeldet. In Kaulbau, einem zehn Minuten von Tangermünde entfernt gelegenen Dörfchen an der Elbe, starb am vorgestrigen Tage ein Kind des Schiffbauers W. unter Krankheitserscheinungen, welche den behandelnden Arzt veranlaßten, die bakteriologische Untersuchung vorzunehmen, wobei asiatische Cholera konstatiert wurde. Gestern erkrankte auch Frau Schiffbauer W. und ein älterer Knabe derselben unter choleraverdächtigem Erscheinungen und wenige Stunden später war auch dieser Kleine gestorben. Frau W. liegt schwer erkrankt darnieder.

Eine sehr bemerkenswerthe Erscheinung hat der Chefarzt des Moabiter Krankenhauses, Herr Dr. Guttman bezüglich des ganz verschiedenartigen Auftretens der Cholera asiatica bei den hiesigen eingeleiteten derartig Erkrankten gemacht. Es giebt Fälle von Cholera, so berichtet Herr Dr. G., deren Erscheinungen so milde sind, daß sie nicht einmal dem Bilde entsprechen, welches man der Cholera nostras zuspricht, d. h. Erbrechen, Durchfall, Wadenschmerzen bei leichten Erkrankungen der Cholera asiatica können Erbrechen und Wadenschmerzen fehlen und es ist außer der Diarrhö kein einziges charakteristisches Symptom wahrnehmbar. Und doch können solche Fälle, die nur Diarrhö aufweisen, asiatische Cholera sein, wie der Nachweis der Kommabazillen beweist. Diese Beobachtung hat Herr Dr. Guttman an der Krankenpflegerin Söhlen, dem Musikdirektor Bartholomäus und dem 15jährigen Schiffsjungen Erdwigg Wostowski gemacht. Diese drei litten nur an Diarrhö und doch ergab die bakteriologische Untersuchung bei ihnen das Vorhandensein zahlreicher Kommabazillen. Diese Fälle zeigen, wie wichtig man in der jetzigen Zeit bei anscheinend einfachen Darmkatarrhen sein müsse; Sache der Ärzte sei es in jetziger Zeit, wo die Unterscheidung zwischen einfachen Darmkatarrhen und Choleraerkrankungen nicht sofort möglich ist, für eine gründliche Desinfektion aller diarrhöischen Darmentleerungen Sorge zu tragen.

Vom städtischen Zentral-Viehhofe wird einem hiesigen Blatte geschrieben: Wenn man fortwährend hört und liest, daß in unserer guten Reichthumsstadt alles, alles in wunderschöner Ordnung und wie in dieser Cholerazeit überall aufs beste Vorsorge gegen die Menschenseuche getroffen sei, so wissen die auf dem unter städtischer Verwaltung stehenden Vieh- und Schlachthöfe verkachenden und beschäftigten Tausende hiervon ein ander Vieles zu sagen. Und nicht nur diese, auch die Bewohner der angrenzenden Straßen, denen man z. B. das Polizei-Schlachthaus — gemeinhin „Totentammer“ genannt — gerade vor die Nase gestekt hat. Hierher wird nämlich alles kranke Vieh, die von der Veterinärpolizei beanstandeten Fleischtheile, sowie Abfälle, auch die Kadaver der auf dem Transport verwendeten Thiere (während der heißen Augusttage z. B. aus einem einzigen Viehzuge 32 sehr schwere Schweine) geschafft, ehe sie der Abdecker holt. Entsetzliche Dünste und ganze Wolken von Kläsliegen entweichen dem gährenden Innern dieser Höhle und verpesten die Umgegend weit und breit. Ein Pendant dazu bildet die „Talschmelze“ mit ihren mephitischen Dünsten, die dem Menschen das Athmen benehmen, auch zur Konservirung des so sehr empfindlichen frischen Fleisches in den Hallen und Vorrathskammern wahrlich nicht beitragen! Seit Jahr und Tag ist vergeblich um die Verlegung dieser „Müheranstalten“ petitionirt worden. . . . Auch jetzt, wo die Sanitätsbehörden eifrig an der Arbeit sind, ist hier noch nichts geschehen — wohl aber wurde neuerdings die Schweine-Verkaufshalle desinfiziert, und zwar so gründlich, daß von der dazu verwendeten ähnden Masse den Verkäufern und Käufern Schuhwerk und Kleider völlig verborben, den armen Thieren, die sich in Schmerzen umherwälzten, aber nicht bloß die Haut, sondern buchstäblich Fett und Fleisch bis auf Goldstücke zertrümmert und verbrannt worden sind, was sich beim Schlachten derselben auswirkte. Manche Schlächter haben dabei einen Verlust von 500 Mark und darüber zu beklagen. . . . Unseren Sanitätsbehörden wie auch Thierschutz-Vereinen bietet sich auf dem Zentral-Schlachthof also noch ein reiches Feld für ihre Thätigkeit!

Im Norden Berlins häufen sich die sanitären Mißstände mehr denn in anderen Theilen der Stadt. Wir wollen heute nur ein Beispiel anführen: In der Reinickendorfer- und Sandstrassen-Gasse befindet sich das Kaiser und Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus und noch mehrere Hospitäler. Nicht weit davon entfernt, Müller-

straße 58, sehen wir das Paul Gerhardt-Stift. Etwa 1000 Meter von all diesen Krankenhäusern entfernt liegt die — Abdeckerlei mit ihrer schauerhaften Luftverpeftung, und zum Ueberflus ist der Platz gegenüber der Abdeckerlei zur Abfallstelle für den städtischen Müllhof bestimmt, auf welcher täglich hunderte von fahrenden Schmutz ihre Ruheplätze finden. Der Müll und das Abrecht hat sich im Laufe der Zeit zu einem wirklichen Gebirge erhoben, aus welchem ringsum Bächlein abfließen, die zum Himmel fliegen. In dem Schmutzgebirge nisten ganze Schwärme von Ungeziefer, die Fliegen- und Fliegenlarven sogar die Sonne. Die Pferdebahn-Beamten der Strecke Weidenhammer-Brücke-Tagelager-Chaussee haben von den Fliegen, deren Stiche sehr unangenehm bemerkbar machen, viel zu leiden, auch die Bewohner des alten Steuerpalastes wissen von der Fliegenplage ein Vieles zu sagen. Das Gebäude hat der Berliner Witz als „Fliegenpalast“ getauft. Einige hundert Schritt vom „Fliegenpalast“ befindet sich die Haltestelle der Pferdebahnstrecke. Hier ist keine Bedürfnisanstalt vorhanden, der Bedürfnisse aber mannigfache. An Sonntagen, wo die Strecke stark frequentirt wird, wird das fehlen einer solchen Anstalt zu einer öffentlichen Kalamität. Wie es dann dort aussieht, unterlassen wir lieber auch nur annähernd zu schildern. In der Abdeckerlei befindet sich rechts vom Eingang eine große Grube, etwa 7—8 Meter im Quadrat, welche stets mit allerhand schmutzigen Abfällen und mit Jauche halb gefüllt ist. Bis vor Kurzem noch wurde der Inhalt der Grube hinter der Abdeckerlei auf Reinickendorfer Gebiet entleert, wo schon hunderte von fahrenden Pferde dort lagerten. Erst infolge wiederholter Beschwerden ist nach dieser Richtung hin eine Veränderung zum Besseren eingetreten. Der in jenem Theile Reinickendorfs stationirte Gendarm hatte seiner Zeit die Anforderung, diesen Mißstand zur Anzeige zu bringen, mit der Motivirung abgelehnt, dazu habe er keine Zeit. Die Beschwerden müssen aber trotzdem die richtige Stelle gelangt sein, denn jetzt erfolgt die Reinigung der Grube sorgfältig, auch bleibt das Reinickendorfer Gebiet von deren Inhalt verschont. Die Fliegen-schwärme der Abdeckerlei und des Müllhofs sind für die Anwohner dieser Gegend und auch für die Insassen der in der Nähe liegenden Krankenhäuser nicht nur eine Plage, sondern auch eine Gefahr. Die Uebertragung gewisser Krankheiten durch Fliegen wird von keiner Seite bestritten. Hauptsächlich bemüht sich die Sanitätskommission auch einmal nach der Reinickendorferstraße, ein Besuch der Abdeckerlei dürfte sich schon der Mühe verlohnen.

Die „väterliche Fürsorge“ unserer Arbeitgeber für die Arbeiter ist zwar zur Genüge bekannt, es kann aber nichts schaden, wenn dieselbe hin und wieder durch einzelne Beispiele immer von neuem illustriert wird. Es kommt ja doch mal vor, daß ein bürgerliches Blatt von solchen Beispielen Notiz nimmt, und dann werden die Bourgeois die Köpfe zusammen und wissen sich vor Erstaunen nicht zu lassen, daß „so etwas“ möglich ist. Einer unserer Abonnenten sendet uns folgendes Schreiben, das wir im Wortlaut wiedergeben, weil die Schilderung einen wirklich drohischen Eindruck macht:

Großes Reinnachen war am Donnerstag bei einem Schlächtermeister in der Lstraße. Zwei Reinnachefrauen waren dazu bestellt. Zuerst wurden die Dienstbotenzimmer gereinigt, vor Angehörigen konnten sich die Frauen kaum retten. Der Schlafraum für die weiblichen Dienstboten ist lafernenartig eingerichtet, immer zwei Betten übereinander gestellt. Es sind 3 bis 4 Verkauferinnen, Köchinnen und Kinderwädchen, die alle in einem Raume schlafen. Als dieser Stall ausgeleert war, wurde die quädelnde Frau gefragt, was jetzt an die Reihe kommen sollte. Die Antwort war: Die Wäschekübel wäre eigentlich noch nicht nötig, doch da die Frauen einmal hier seien, könnten sie dieselbe auch etwas rein machen. Diese sogenannte Wäschekübel befindet sich im Keller, ein fester, dämpfer Raum neben der Wäschekübel. Der erste Anblick war schon so arg, daß sich die Frauen zuerst mit Schaufeln, Reiben und Eimern ausrüsteten; dann ging das Reinnachen los. Mehrere Körbe voll alten Strümpfen, Hosen, Wägen, Holzpostoffen u. s. w. wurden ans Tageslicht geschafft. Wie das ansah, war wirklich appetitlich. Alles war voll Talg und Schmirer. Die Frauen schlepten circa 7—8 Eimer ekelhaften Urathes hervor. Sehr schön sahen auch die „Betten“ aus. Die eisernen Bettstellen waren vom Koth zerfressen, das Tragegestell zerfressen und die Unterbetten schon halb verfault. Die Reinnachefrauen behaupteten, daß in dieser Wäschekübel schon seit Jahren nicht rein gemacht worden sei. Da kamen sie aber bei der Meisterin schon an, es sei alle Jahre ein Mal sehr gründlich rein gemacht worden. Die Schenkerfrauen glaubten das zwar nicht, aber sie waren klug genug, den Mund zu halten, wenn die Meisterin was sagt, dann hat sie eben so recht. In der Wäschekübel selbst um kein Haar besser an. Sie befindet sich im Keller, wo das ganze Jahr weder Sonne noch Mond hin scheint. Im zweiten Hof sind Schmutz- und Abfälle aufbewahrt, in welchen schließlich auch die Knochen und Abfälle aufbewahrt werden. Wenn es warme Tage sind, ist es vor Gestank nicht auszuhalten. Im Hinterhause sind mehrere Werkstätten, wo sehr viel Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, die müssen diese Luft einathmen. Es ist schon mehrmals Beschwerde geführt worden bei dem Revierbeamten, doch bis jetzt ohne Erfolg. In den Stockzimmern der Schlächtermeisterin sieht's hochproppert aus, im Laden auch. Da wird die Sanitätskommission auch gewesen sein, warum geht sie nicht auch einmal zu den Dienstmädchen und zu den Gesellen?

Ein ganz eigenartiges Gewitter durchzog in der Nacht zum Donnerstag in rasender Schnelle die Mark. Obgleich der Mittwoch sich als ein recht schöner Herbsttag gezeigt und der Himmel sich gegen Abend stellenweise mit finsternem Gewölke bedeckt hatte, dürften wenig Menschen mit dem Gedanken zur Nachtruhe gegangen sein, daß ein so fürchterliches elementares Ereignis sie binnen wenigen Stunden vom Lager ausschleiden würde. Das Gewitter brach in drei Hügen vom Süden, Südwesten und Westen kommend, über die Mark herein. Um 8 Uhr stand es noch zwischen Ober, Spree und Elbe in der Richtung Guben-Lieben-Wittenberg und um 12 Uhr wüthete es bereits, nordwestwärts ziehend, in den an Berlin und Potsdam grenzenden Landkreisen Zeltow, Janch-Beilig, Ost- und Westland und Niederbarnim, wo es bis gegen 2 Uhr stand. Im Nu wurden die Wege vom Gewitterregen unter Wasser gesetzt. Der Himmel gleich fortwährend einem Feuermeer, so leuchteten die von Sekunde zu Sekunde auf drei Stellen her niederschlagenden Blitze. In kurzen, mächtigen Stößen rollten die Donner. Als sich das Unwetter einigermaßen verzogen, erglänzte vielfach Feuerstein am Himmel, das Werk der Blitze. Nach vorläufigen Meldungen haben Blitze gezündet bei Endau-Dahme, Zeltow, Brandenburg, Beilig, Werder a. S. und Spandau.

Leichtfertiges Umgehen mit Schusswaffen. Vor kurzem hat in einer Gymnasial-Badeanstalt ein Schüler beim Spielen mit einer Salontopisole einen Kameraden seiner Klasse erschossen und so einem jungen, hoffnungsvollen Leben vor der Zeit ein jähes Ende bereitet. Dieser betäubende Vorfall hat den Unterrichtsminister, wie der geistliche „Reichs-Anzeiger“ mittelt, veranlaßt, in einer Verfügung vom 21. September den Anstaltsleitern aufzugeben, daß sie bei Mittheilung dieses schmerzlichen Ereignisses der ihrer Leitung anvertrauten Schützlinge in erster und nachdrücklicher Warnung vorstellen, wie unheilvolle Folgen ein frühzeitiges, undersonniges Führen von Schusswaffen nach sich ziehen kann und wie auch über das Leben des zurückgeliebenen unglücklichen Mitschülers für alle Zeit ein dässiger Schatten gebreitet sein muß. Schüler, die, sei es in der Schule oder beim Turnen und Spielen, in der Badeanstalt oder auf gemeinsamen Ausflügen, kurz wo die Schule für eine angemessene Beaufsichtigung verantwortlich ist, im Besitze von gefährlichen Waffen, insbesondere von Pistolen und Revolvern, betrogen werden, sind mindestens mit der Androhung der Verweisung von der Anstalt, im Wiederholungsfall aber unabweislich mit Verweisung zu bestrafen. Während so die

Behörde der Gefährdung von Mitmenschen durch die unüberlegte Leichtfertigkeit von Schülern vorzubeugen sucht, hat sich am Montag Nachmittag in Berlin wieder ein schwerer Unglücksfall aus der gleichen Veranlassung ereignet. Der zehnjährige Sohn des an der Prenzlauer Allee wohnenden Kommissionsraths Kluge machte um die angegebene Zeit in Gesellschaft eines gleichaltrigen Kameraden mit einer sogenannten Salontopisole, die er sich heimlich aus der Stube seines Vaters geholt hatte, Schießübungen. Beide Knaben luden abwechselnd die Wäpfe mit kleinen Steinen und Papierpropfen und schossen nach einer an einem Baume angebrachten Scheibe. Plötzlich entlud sich die Wäpfe beim Anlegen von selbst und die Ladung kleiner Steine traf den Sohn Kluges so heftig gegen den Kopf, daß er mit einem Aufschrei zu Boden sank und vom Bluge getragen werden mußte. Die Steine hatten dem Knaben durch den scharfen Druck das ganze Gesicht zertrümmert und die Augen stark beschädigt, so daß der Verletzte auf Anordnung eines requirirten Arztes schleunigst nach dem Krankenhause geschafft werden mußte, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Eine gewaltige Gaderplosion hat Mittwoch Abend in dem Hause Kottbuser Damm Nr. 4 stattgefunden. In dem linken Seitenflügel des Vordergebäudes wohnen in der ersten Etage die Arbeiter Scholz'schen Eheleute, dieselbe Wohnung im zweiten Stockwerk hat die Wittve Frau Vehl inne. Schon seit mehreren Tagen hatte die Vertheilung einen durchdringenden aus dem Felsen herausströmenden Gadergeruch wahrgenommen und vorgestern Abend gegen 1/9 Uhr leuchtete die W. den Fußboden ihres Wohnzimmers mit einem offenen Licht ab, um sich zu vergewissern, woher der penetrante Geruch käme. Plötzlich erfolgte eine heftige Explosion und die Dielen, aus denen die hellen Flammen hervordrangen, wurden umporgehoben, während die erschrockene Frau nur mit Mühe den Ausgang gewinnen konnte. Weit schlimmer aber noch hatte die Gaderplosion in der darunter belegenen Scholz'schen Wohnung gehaust; hier hatten die Gase, welche sich zwischen der Diele der zweiten Etage und der Diele des ersten Stockwerks, den Stuck von dem Plafond gerissen, die Fensterkreuze aus der Fassung geschleudert und die in dem betreffenden Zimmer befindlichen Möbel arg beschädigt. Trotzdem sich mehrere Personen in diesem Wohnraum befanden, kamen dieselben wie durch ein Wunder ohne Verletzungen davon, nur ein junger Mann erlitt eine leichte Kopfwunde durch herabfallenden Stuck. Die sofort hinzugerufene Feuerwehr hatte sich nur noch mit Aufräumungsarbeiten zu beschäftigen, die etwa eine Stunde andauerten. Der durch die Explosion angerichtete Schaden ist nicht unbedeutlich.

Risiko der Arbeit. Zwischen Himmel und Erde schwebte vorgestern Mittag ein Lohndiebstahl, welcher auf dem Dache eines Hauses der Großen Franziskanerstraße eine Reparatur auszuführen hatte. Der von einem zweiten Arbeiter an einem Tau gehaltene Mann glitt nämlich plötzlich aus und stürzte bis zur vierten Etage hinab, wo er zwischen Himmel und Erde hängen blieb. Die Situation wurde um so gefahrrohrender, als der zweite in der Dachlücke befindliche Mann um Hilfe rief, weil er das Tau nicht mehr zu halten vermochte. Zum Glück gelang es einigen von der Straße herbeigeeilten Männern noch rechtzeitig Hilfe zu bringen und den in der Schwere hängenden Dachdecker, der bei dem Fall nur eine unerbliche Stenwunde davongetragen hatte, in Sicherheit zu bringen. Der aufregende Vorfall hatte natürlich einen großen Anlauf verursacht.

Die Berliner Einbrecher verlegen ihre Streifzüge jetzt in die Umgegend. In Groß-Lichterfelde wurde in der vorletzten Nacht bei dem am Anhalter Bahnhofe wohnhaften Kaufmann Grothe eingebrochen. Die Diebe hoben die Kollkassette hoch und drückten die Fensterscheibe ein. Es fiel ihnen die etwa 70 M. enthaltende Wechselkassette in die Hände. — Ungleich frecher ging man bei dem am Jungfernstieg wohnhaften Schlächtermeister Ringel zu Werke. Nachdem sich die Diebe anscheinend in das Haus eingeschlichen hatten, stürzten sie plötzlich vor einem Geldschrank, dessen gewaltsame Oeffnung zu viel Zeit und Mühe verursacht haben würde. Sie betreten dabei kurzweg mit einer brennenden Kerze das Zimmer, wo die Eheleute schliefen, leuchteten ihnen, wie auf den Fußboden gefallene Tropfen bezeugen, fast in das Gesicht und holten sich den Geldschrankschlüssel. Die Beute betrug 500 M., die Wechselkassette und eine ziemlich beschwerte Geldtasche hatten sie in dem Schlafzimmer nicht vermuthet und daher auch nicht mitgenommen.

Der Hund als Lebensretter! Gestern Nachmittag wurde der 14jährige Sohn des Fuhrmanns L. in der Straßburgerstraße durch einen Hund gerettet. Der Junge fuhr mit drei gleichaltrigen Genossen in einem kleinen Boote auf der Spree. Die kleine Gesellschaft machte sich aber in dem Rahne so unruhig, daß der Kahn plötzlich umschlug und die Insassen ins Wasser fielen. Drei davon waren so glücklich, wieder emporzutanken und den umgestürzten Kahn zu erreichen, an welchem sie sich so lange festhielten, bis durch einen anderen Kahn Hilfe kam. Der kleine L. aber schien unrettbar verloren. So kämpfte er verzweiflungsvoll mit dem Tode des Ertrinkens, mehrfach tauchte er unter und kam, mit den Händen in der Luft umher suchend, wieder zum Vorschein. Die Kräfte verließen ihn bereits, und die Jungen des Vorfalles, die längst einen Kahn herangewinkt hatten, sagten sich in die traurige Gewissheit, daß die Katastrophe die ein Opfer fordern würde. Da sprang an den Auf: „Hol ihn!“ ein mächtiger Neufundländer ins Wasser, schwamm auf den Ertrinkenden zu und wurde mit der Angst der Verzweiflung von diesem umfaßt. Keuchend schwamm das Thier, seine Beute mit den Zähnen an der Kleidung unterhalb des Genicks festhaltend, dem Ufer zu. Ein Hurrah empfing den Retter, der, mächtig sich schüttelnd, sofort auf seinen Herrn zusprang, der bereits in einer Trofschle sah und eilig davonfuhr.

Nicht Rowdies, dem Handelsstande angehörig, machten sich in der Nacht zum Donnerstag das Vergnügen, im Ganse Kranienstraße 158 auf dem Fluß desselben zum Abfäulen auf Brettern niedergelegten frischen Backwaren der dortigen Bäckerei herum zu spazieren. Ein Bäckergehilfe, welcher sie daran hindern wollte, wurde von ihnen mit Stöcken mißhandelt, so daß er um Hilfe rief; seinem herbeieilenden Kollegen erging es noch schlimmer. Die Unholde brachten ihm mittelst ihrer Messer eine Menge Stichwunden an Kopf, Gesicht, Brust und Arm bei und machten sich dann aus dem Staube. Einer der Rowdies hatte sich beim Gebrauche des Messers selbst verletzt, weshalb er sich in die in der Wallberstraße gelegene Sanitätswache verlegte. Nach ihm kam der verwundete Bäckergehilfe in dieselbe Wache, so daß es gelungen ist, die Personalien der Rowdies festzustellen. Die Anwesenheit ist bereits der Polizei übergeben.

Auf dem Grabe seiner im August verstorbenen Frau erschob sich gestern der Schlosser Parps. Neben dem durch einen Schlag in die Schläfe schwer Verwundeten fand man einen mit Bleistift geschriebenen Zettel: „Liebe Kinder, ich sage Euch das letzte Lebenswort. Laßt mich an der Seite meiner guten Frau beerdigen, die ich nicht vergessen kann. Meine kleine Elise bitte ich, durch Frau Kayser dem Waisenhause zu überantworten. Bitte, behandelt sie gut; es war mein Liebling.“

Der Gesangverein „Eintracht“ in Nieder-Schönweide feierte am Sonnabend, den 24. d. M. in der Borussia-Brauerei sein 3. Stiftungsfest, das erste als Mitglied des Arbeiter-Gesangbundes. Zur Verschönerung des Festes trugen die Gesangvereine „Morgenroth“ aus Köpenick und „Eintracht“ aus Glöcknitz bei. Die rege Theilnahme der Gesellen und Genosseninnen aus den umliegenden Ortschaften bewies so recht die Sympathie, die dem Vereine entgegengebracht wird. Der Verlauf des Festes war bis zu Ende ein vollkommen ruhiger, und zufrieden trennten sich die Festtheilnehmer, welche noch mit Musik bis zur Bahn begleitet wurden.

Postgelehrter. In der Nacht zum 23. d. Mts. fuhr ein Postgelehrter am Deutmal Friedrich's des Großen aus Unvorsichtigkeit mit seinem Gefährt gegen einen Pfeiler, infolge dessen er vom Hof geworfen wurde und eine 2 cm lange Verletzung an der Stirne erlitt. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er nach seiner Wohnung gebracht. — Vor dem Hause Stregligerstr. 64 wurde Mittags ein vierjähriges Mädchen beim Ueberfahren des Jahresdamms von einem Geschäftswagen überfahren und erlitt einen Armbruch, so daß seine Ueberführung nach dem Elisabeth-Krankenhaus erforderlich wurde. — In der Nähe der Kieker Brücke fiel ein siebenjähriger Knabe beim Spielen in den Spandauer Schiffahrts-Kanal, wurde jedoch von dem Bademeister-Aspiranten Gasse gerettet. — Als der Schlächtergeselle Steinbrecher auf dem Pferde seines Dienstherrn durch die Müllestraße ritt, wurde das Pferd plötzlich scheu, und fiel Steinbrecher vor dem Hause Müllerstr. 26 von demselben herab. Er erlitt einen Armbruch und mußte nach dem Krankenhaus des Paul Gerhardt-Stifts gebracht werden. — Abends wurde ein Arbeiter, als er mit einem Karren die Leipzigerstraße passierte, vor dem Hause Nr. 125 von einem Omnibus überfahren und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels, so daß er nach der Charité gebracht werden mußte. Am 23. d. M. fanden sechs kleine Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Prozess Hugo Löwy.

Zweiter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung befragt der Staatsanwalt den Zeugen Kriminalkommissarius v. Arnault nochmals über seine Geschäftsverbindung mit dem Angeklagten. Danach hat der Zeuge dem Angeklagten ca. 80 000 M. in Papieren übergeben, um damit zu arbeiten. Der Zeuge erklärt, daß er sich als stiller Sozius betrachtet habe und sei keinen Verlust erleiden würde, wenn die Wechsel, die er von Löwy erhalten, eingehen würden. Ob und welcher Gewinn ihm aus der Geschäftsverbindung mit dem Angeklagten erwachsen, weiß der Zeuge nicht, er hat je nach Bedarf nach und nach 17 000 M. aus dem Geschäft gezogen.

Der Bührerwisor Typfer, welcher mit dem Angeklagten nochmals die einzelnen Posten seines Privatkontos durchgegangen ist, hat nunmehr den Privatbedarf des Angeklagten auf 12 000 M. jährlich festgestellt. Auf das Konto desselben soll nämlich eine Summe von ca. 5000 M. geschrieben worden sein, welche der Herrscher der Filiale Belleallianceplatz an eine Gräfin Jwenta Kotorowa auf Schloß Bietach zu zahlen hatte. Von dem Börsensachverständigen Lippmann ist inzwischen festgestellt, daß nach der damaligen Kursdifferenz zwischen österreichischen Noten und „kurz Wien“ der Zeuge Seiffert etwa 100 M. durch eine derartige Anweisung auf Wien erspart haben würde.

Rechtsanwalt Dr. Friedmann erbielt sich zum Beweise, daß der Angeklagte, als er dem Seiffert die Anweisung auf die Anglo-österreichische Bank übergab, sicher annehmen konnte, daß ihm zur rechten Zeit aus dem Verkauf der Gräfin Kotorowaschen Güter die benötigte Summe zustoßen würde.

Der Sachverständige Lippmann erklärt noch, daß bezüglich der Anweisung in Wien insofern ein Fehler gemacht worden ist, als die Anweisung mangels Guthabens nicht sofort zurückgehen, sondern der Verfalltag erst abgewartet werden mußte.

Ueber die ganze Transaktion des Angeklagten mit der Anweisung auf die Anglo-österreichische Bank soll nach der Bankdirektor Zeit vernommen werden.

Ueber den Status der Konkursmasse berichtet der Konkursmassen-Verwalter Brinkmeyer: Nach der ersten Lage hatte er 555 858 M. an Außenständen vorgefunden, von denen er aber nur 10 000 M. als sicher einstellte, ferner 41 882 M. Wechsel, von denen nur 2000 M. als sicher einzustellen waren, endlich 6318 M. Baar, so daß er die Aktivaumasse damals auf 18 318 M. berechnete. Davon gehen an die bevorrechtigten Forderungen, Miethen, Gerichtskosten u. s. w. etwa 10 400 M. ab, so daß 7781 M. verblieben, die gegenüber einer Schuldenlast von 890 000 M. ea. 1/4 pSt. Dividende repräsentierten. Die Sache hat sich inzwischen geändert, und es stehen jetzt nur noch 8200 M. zur Verteilung bereit. Die ursprünglich auf 390 000 M. berechnete Schuldenmasse hat sich auf 746 895 M. erhöht, so daß nur 1/5 pSt. Dividende zur Verfügung steht. Zu der Schuldenlast gehört allein eine Forderung von 105 049 M., welche ein Herr v. Westerhagen für ausgefallene Hypotheken bei dem Grundstück Marlagrasen- und Kochstraßen-Gut geltend macht. Ferner ist darin enthalten die Forderung des Kriminalkommissarius v. Arnault, welche derselbe mit 94 928 M. angemeldet hat. Der Massenverwalter hofft noch in 18 Anfechtungs-Prozessen etwas für die Masse zu erreichen, aber der Erfolg ist zweifelhaft. Die Objekte der Prozesse betragen ca. 180 000 M., unter den Prozessen befindet sich auch ein solcher gegen Herrn von Arnault, wegen Rückgabe von Wechseln im Betrage von 95 000 M. v. Arnault weigert sich, die Wechsel zurückzugeben, der Massenverwalter beruft sich aber auf das Zeugnis mehrerer Zeugen, in Gegenwart deren Kriminalkommissarius v. Arnault im Geschäft von Hugo Löwy erschienen, ins Portefeuille gegriffen und Wechsel im Betrage von circa 95 000 M. herausgenommen haben soll. Er soll von den Gläubigern auf das Unzulässige dieses Vorgehens aufmerksam gemacht worden sein, aber geantwortet haben: „Hier ist Alles verloren, hier muß Jeder sehen, wo er bleibt!“ Wenn die Anfechtungsprozesse gewonnen werden, dann erhöht sich im günstigsten Fall die Dividende auf ca. 18 pSt.

Das Grundstück in der Köpplerstraße hat der Massenverwalter für 398 450 M. an Herrn Seiffert verkauft, derselbe hat aber bisher den Kaufstempel noch nicht bezahlt. Der Angeklagte erklärt, daß er das Haus für 450 000 M. gekauft hatte.

Rechtsanwalt Dr. Friedmann regt an, daß der Massenverwalter doch wohl eine ganze Reihe von Forderungen des Angeklagten zu Unrecht nicht in die Aktiva eingestellt habe und behauptet, daß, wenn der Angeklagte selbst die Forderungen, soweit sie aus Differenzgeschäften u. dergleichen, hätte geltend machen können, dieselben zum großen Teil eingegangen wären. Der Verteidiger überreicht beispielsweise ein ganzes Konvolut von Wechseln in Höhe von über 40 000 M., welche der Angeklagte aus den an Gerichtsstelle befindlichen Akten herausgeholt hat. Dieselben sind dem Massenverwalter bisher nicht zu Gesicht gekommen und lauten zum Teil auf Würstendörfer und Senfner und Andere.

Staatsanwalt Dr. Benediz hält es denn doch für nötig, daß, wenn diese Forderungen auf ihre Gültigkeit geprüft werden sollen, der Massenverwalter sich nicht mit den Angaben des Angeklagten begnüge. Der Staatsanwalt behält sich vor, in jedem einzelnen Falle den Gegenbeweis durch Vernehmung der einzelnen Personen zu führen. Es werde sich dann vielleicht ergeben, daß der Angeklagte noch andere „sichere“ Personen von dem Kaliber des Vertraubanten Böck zu seinen Kunden zählte, der bekanntlich nach Unterschlagung kolossaler Summen bei Löwy spekuliert habe, dann durchgebrannt sei und von New-York habe zurückgeholt werden müssen.

Konkursmassen-Verwalter Brinkmeyer erwähnt ferner, daß Wäntendörfer und Senfner ihm mitgeteilt, daß sie dem Angeklagten eine Anzahl Geschäftsakten-Accepte in Blanko überlassen hätten und nicht wüßten, in welcher Höhe diese ausgefüllt seien.

Staatsanwalt Dr. Benediz hält um so mehr eine sorgfältige Prüfung jeder einzelnen der vom Angeklagten als aus schließlich hingestellter Forderungen für geboten und Herr Brinkmeyer wird beauftragt, diese Prüfung vorzunehmen. Auf ferneren Antrag des Staatsanwalts wird der Angeklagte darauf aufmerksam gemacht, daß in allen den Fällen, in welchen die

Anklage Unterschlagung und Untreue annimmt, event. der Betrugs-Paragraf Platz greifen könnte.

Es wird sodann als Belastungszeugin eine Frau Schuch vernommen. Dieselbe ist eine Wittwe, welche ihr kleines Vermögen bei dem Angeklagten verloren hat. Dieselbe hatte die Anknüpfungen der Kommanditgesellschaft Hugo Löwy gesehen, hatte geglaubt, daß sie bei demselben trefflich aufgehoben sei und ihm 4500 Ffrs. italienische Rente und 800 M. mit dem Auftrage überhand, Harpener zu kaufen. Es war abgemacht, daß die italienische Rente erst zu 98 verkauft und dafür Harpener gekauft werden sollten. Die Frau hat, wie sie angibt, in dem Glauben gelebt, daß sie nun Zug um Zug die Harpener zugesandt erhalten würde. Der Angeklagte hat ihr dann angezeigt, daß er die Italiener verkauft, dagegen Harpener in Höhe von etwa 8000 M. gekauft, sie daher noch mit ca. 2000 M. belastet habe. Der Angeklagte behauptet, daß er auch hier als Selbstkontrahent aufgetreten sei und die Berechtigung gehabt habe, die Italiener zu verkaufen, die er nur als Einschub auf die Harpener betrachtet habe. Er habe, da die Frau anfänglich nach „Pluto“ anfragte, durchaus annehmen müssen, daß die Frau spekulieren wollte, habe ihr dazu ein Konto aufgemacht und dieselbe habe deshalb nur Anspruch an die Konkursmasse. Die Zeugin, aus welcher nur schwer herauszuholen ist, was sie sich bei Eingang des Geschäfts eigentlich gedacht hat, erklärt sich schließlich dahin: sie habe nicht spekulieren, sondern nur die Harpener kaufen wollen, um die in Aussicht gestellten 18 pSt. Dividende auf ein Vierteljahr mitzunehmen, dadurch ihr bischen Vermögen zu vergrößern und die Harpener dann wieder zu verkaufen und ihr Geld auf die Sparkasse zu bringen. Jedenfalls ist die Zeugin ihre italienische Rente losgeworden und hat Harpener nicht erhalten, kurz, ihr kleines Vermögen verloren.

Konkursmassen-Verwalter Brinkmeyer hat inzwischen die neuerdings von der Verteidigung überreichten Wechsel durchgesehen. Er befand, daß es 65 Stück seien. Ein Teil davon sei bereits protestiert, alle bis auf zwei seien bereits fällig. Wenn der Gemeinschuldner Aussicht auf Eingang dieser Wechsel hätte, würde er das Inkasso sicher schon lange vorgenommen haben. Der Angeklagte erbielt sich, abgesehen von diesen Wechseln, dem Verwalter die Beweise zu liefern, daß er mehrere Forderungen zu Unrecht als aus schließlich abgesetzt habe.

Der nächste Fall ist als Beitrag charakterisiert. Kaufmann Böllner in Würzburg überhandte dem Angeklagten 7508 M. theils in Baar, theils in Papieren, darunter 1700 M. 4prozent. Pfälzer Pfandbriefe, mit dem Auftrage, dafür König Wilhelm-Aktien zu kaufen. Er hat den Auftrag dann dahin geändert, daß er 3000 M. König Wilhelm-Stammprioritäten wünschte. Der Angeklagte hat dann mitgeteilt, daß der Auftrag erledigt sei und sich den Saldobetrag anschicken lassen. Er theilte gleichzeitig mit, daß er die Pfälzer Pfandbriefe nach Frankfurt a. M. senden müsse. Die Bücher aber ergeben, daß der Angeklagte bereits am 5. November die Pfälzer Pfandbriefe verkauft hat. Ueber den Kauf von König Wilhelm-Stammprioritäten ergiebt sich aus den Büchern Nichts. Als die Lieferung der letzteren nicht erfolgte, ist der Zeuge, der schon seit einiger Zeit mit dem Angeklagten in Verbindung stand, nach Berlin gekommen. Der Angeklagte war damals verreist, ein Herr Lewin aus dem Geschäft desselben übergab denselben aber zu seiner Veruhigung 1000 M. Deutsche Reichsanleihe. Am 25. November kam Löwy von seiner Reise zurück und sagte dem Zeugen, daß er ihm die König Wilhelm-Prioritäten nunmehr gegen Herausgabe der Konfols liefern werde. Am 26. November erfolgte dann die Verhaftung des Angeklagten. — Löwy erklärt auch hier, daß es sich um ein Spekulationskonto des Zeugen handele und daß er seinen Verpflichtungen diesem gegenüber vollkommen nachgekommen sein würde, wenn er nicht verhaftet worden wäre. — Der Staatsanwalt betont dagegen, daß nach seiner Meinung der Angeklagte in allen diesen Fällen die Rente in Vertrauen eingewiegt habe, damit sie ihm ihr Geld schicken und daß er dann mit dem Geld nicht das gemacht habe, was er sollte, sondern was er wollte.

Zu dem Falle Böllner wird noch ein früherer Angestellter des Angeklagten, Kaufmann Erich, vernommen, welcher Auskunft darüber giebt, wobei es gekommen, daß noch am 7. Nov. dem Böllner geschrieben wurde, daß die Pfälzer Pfandbriefe nach Frankfurt a. M. gesandt werden müßten, während sie schon am 6. November als verkauft gebucht waren. — Zwischen durch bemerkt Staatsanwalt Dr. Benediz: Der Angeklagte hat vorgestern so gethan, als ob die Pariser Affäre vollständig zu seinen Gunsten erledigt worden sei. Die Akten ergeben aber, daß das diebezügliche Verfahren nicht aus sachlichen materiellen, sondern nur aus gewissen materiellen Gründen eingestellt worden sei, weil der Angeklagte nicht zu finden war. — H. A. Dr. Friedmann bestätigt im allgemeinen die Ausführungen des Staatsanwalts, bestreitet aber, daß der Angeklagte flichtig gewesen sei. Derselbe habe zu der kritischen Zeit täglich Nachmittags mehrere Stunden in seinem Bureau zugebracht, um mit ihm zu konferieren. Als hier ein Schwager des Angeklagten kurze Zeit verhaftet worden war und derselbe gezwungen werden sollte, 60 000 Ffrs. die er bei sich führte, herauszugeben, habe er (Dr. Fr.) im Auftrage des Angeklagten vor aller Welt mit der Petite bourse den Streit über die Frage ausgefochten, ob die Papiere herauszugeben seien. Als dann der Angeklagte hier in Berlin ein Geschäft aufmachen wollte, sei zu den Personalkonten derselben bei der Polizei eine ausführliche Darlegung der Staatsanwaltschaft gelangt, wonach auch aus materiellen Gründen das Verfahren damals eingestellt wurde. — Der Staatsanwalt behält sich vor, diese Frage noch weiter auszuklären.

Eine Reihe anderer Fälle, bei denen auswärtige Zeugen befragt sind, bieten kein hervorragendes Interesse. Sie liegen alle ziemlich gleich. Die betr. Zeugen sind auf Grund der Anzeigen des Angeklagten mit demselben in Geschäftsverbindung getreten, haben ihm Effekten mit dem Auftrage zugesandt, dafür Papiere zu kaufen und sind schließlich um ihr Geld gekommen. Der Angeklagte hatte die Ausführung der Aufträge hingehört, die ihm überhandten Effekten aber gewöhnlich bald versichert und seine Verhaftung brachte dann die betreffenden Kunden vis-à-vis da rhen. In allen diesen Fällen behauptet der Angeklagte, daß er nach den mit den betreffenden Zeugen vorher geführten Korrespondenzen berechtigt war, das Geschäft in sich zu machen und die ihm „als Einschub“ überhandten Effekten nach Belieben zu verkaufen, so daß er schließlich einfach Schuldner der Personen geworden sei. Eine solche Veräußerung über die eingedandten Effekten sei namentlich in den Fällen unannehmbar, wo die betreffenden Zeugen Ultimo-Spekulationen machten. Der Angeklagte behauptet auch, daß er zu der kritischen Zeit mehrfach in der Lage war, die Rente viktorisch zu behandeln, da er vielfach mit den Dingen nicht verkannt war, weil sein Vetter Krolig, der jetzt in London weilen soll, mit den Zeugen ursprünglich verhandelt hatte. Ferner behält sich der Angeklagte den Beweis dafür vor, daß er im August vorigen Jahres seinem Personal die Ordre erteilt habe, allen Kunden nochmals seine Geschäftsbedingungen zuzusenden, weil damals ein Reichsgerichtsurteil in den Zeitungen veröffentlicht worden war, wonach die bloße Zusendung der Bedingungen genügt, ohne daß es einer Unterzeichnung derselben durch die Kunden bedarf. — In einem Falle hatte ein Kunde, welcher Ultimo-Geschäfte machte, ausdrücklich ausbedungen, daß zwei von ihm eingedandte Türkenloose in natura im Depot verbleiben sollten. Der Angeklagte giebt die Möglichkeit zu, daß trotzdem diese Türkenloose lombardirt worden seien, glaubt aber, daß dabei ein Versehen des Kassiers obgewaltet haben mag. Solche Lombardierungen kämen ja manchmal vor, wenn man annehmen könne, daß die Effekten jeden Augenblick wieder eingelöst werden können. In anderen Fällen sucht der Angeklagte aus seinen Büchern nachzuweisen, daß er in der kritischen Zeit wiederholt solche Effekten, wie sie von einzelnen Kunden verlangt worden, angekauft habe; in dem Sturm und Drang jener

Tage aber seien die angekauften Posten immer wieder gleich an andere Kunden ausgefertigt worden, wobei die Kunden in der Provinz manchmal den Berliner Kunden, die energischer drängten, nachstehen mußten. Das ceterum entsoo des Angeklagten geht immer wieder dahin, daß er allen seinen Verpflichtungen nachgekommen wäre, wenn man ihn nicht verhaftet hätte. Gegen 5 Uhr wird die Verhandlung auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

Was eine Verunreinigung der Straße ist, darüber hat der Droschkentischer Miethner einige Erfahrung machen müssen. Dieser fand, als er eines Vormittags mit seiner Droschke an dem Halteplatze in der Neuen Grünstraße angefahren war und seinem Pferde Futter geben wollte, daß dieses etwas staubig war und ließ nun, um den Staub zu entfernen, das Futter durch die Hand in den Futtersack gleiten. Der Schuhmann Neugebauer erblickte aber in dieser Manipulation eine Uebertretung des Straßenpolizei-Reglements und setzte auf seine Anzeige hin das Polizeipräsidium eine Strafe von 3 M. gegen den Kutscher fest. Dieser erhob im Vollgefühle seiner Unschuld gegen diese Strafbestimmung Widerspruch. Das Obergericht ermäßigte zwar die Strafe auf 1 M., konstatirte aber im Uebrigen, daß durch die Handirung des Miethner die Straße verunreinigt worden sei, weshalb eine Strafe eintreten müsse.

Der jugendliche Raubmörder Otto Wagenschütz wurde heute aus Plönsen der achten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Er war beschuldigt, auf Anstiftung des Horners Alfred Winger, der bei dem Raubmorde als Helfer eine Rolle spielte, und der kürzlich wegen verschiedener schwerer Diebstähle zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde, einen Diebstahl begangen zu haben. Der als Dritter auf der Anklagebank sich befindliche Steinbruder Kiechhöfer sollte den Wagenschütz ebenfalls zu einem Diebstahl angestiftet haben. Wagenschütz war geständig. Etwa 14 Tage nach dem Raubmorde, von dem Winger wußte, hatte derselbe den Wagenschütz aufgefordert, ihm von dem Bau, auf dem der Letztere beschäftigt war, ein Paar Stiefel zu stellen. Wagenschütz will gesichert haben, daß Winger in Betreff des Raubmordes zum Verräther werden würde, wenn ihm nicht gehorcht würde, er hat deshalb am folgenden Tage einem auf dem Bau beschäftigten Maler die Stiefel gestohlen und sie dem Winger gegeben. Kiechhöfer habe von diesem Diebstahl gehört und um sich seines Schweigens zu versichern, habe er, Wagenschütz, diesem in gleicher Weise ein Paar Stiefel „bejorgt“. Wagenschütz konnte eine höhere Strafe als die ihm bereits auferlegten 15 Jahre Gefängnis nicht erhalten, Winger erhielt noch 4 Jahre Zuchthaus zuzüglich, Kiechhöfer wurde zu einem Jahre und einem Monat Zuchthaus verurtheilt.

Soziale Ueberblick.

Cholera und Kapitalismus. „Die Cholera-Epidemie“, schreibt die Nordd. Allg. Ztg. in Nr. 456 vom 29. September, „hat eine sehr lebhafteste Bewegung des Handels in Desinfektionsmitteln im Gefolge gehabt.“ An Karbolsäure wurden

	eingeführt	ausgeführt
	Doppel-Zentner	
August 1892	5 201	11 920
August 1891	1 180	521
Januar-August 1892	18 200	25 630
Januar-August 1891	9 716	8 206

An Chloralkali wurden ausgeführt:

August 1892	5 212	Doppel-Zentner
August 1891	887	
Januar-August 1892	25 152	
Januar-August 1891	8 150	

Das Geschäft blüht also und damit ist den Kapitalisten das Recht gegeben, die Preise für die Desinfektionsmittel so hoch hinaufzuschrauben, als sie wollen und können. Die bürgerliche Ethik hat dagegen nichts einzumenden.

Die Brauergesellen Leipzigs beschloßen am Sonntag in einer Versammlung, in welcher Herr Biehle aus Hannover referirte, die Errichtung einer Organisation, bezw. den Beitritt zum Zentralverband deutscher Brauer. Es ließen sich sofort 150 Brauer als Mitglieder aufnehmen.

Geuchmigt wurde nach fast zweijährigem Prüfen und Berwerfen der eingereichten Statuten seitens einer k. k. österreichischen Regierung jetzt endlich der Zentralverein der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Böhmens.

Verursachungsgenossenschaftliches. Die Schornsteinfeger-Versuchsgenossenschaft zahlte im vorigen Jahre an Entschädigungen für Unfälle (einschließlich der aus früheren Jahren datirenden) 14 655 M., während die Verwaltungskosten 20 782 M. trafen. Seit ihrem Bestehen brauchte die Versuchsgenossenschaft mehr als 100 000 M. an Verwaltungskosten, während für Unfallentschädigungen insgesamt nur 52 000 M. gezahlt worden sind.

Der Mannheimer Stadtrath hat einstimmig beschloßen, am 1. Oktober das Schulgeld aufzuheben. Das ist löblich. Gleichzeitig beschloß er die Einrichtung einer Klassen-Bürgerschule für Knaben und Mädchen, in welcher gegen Entrichtung eines jährlichen Schulgeldes von 28 M. eine etwas bessere Ausbildung als in der gewöhnlichen Volksschule geboten werden soll. Das ist nicht löblich. Wie die „Frank. Ztg.“ meldet, ist man gerade in denjenigen Schichten der Bevölkerung, welchen durch die zu errichtende Bürgerschule geboten werden soll, vielfach der Ansicht, daß durch die Ausführung des stadträthlichen Planes die gewöhnliche Volksschule geradezu zu einer Armenschule gemacht und dadurch die Kluft zwischen dem Bürgerthum und dem Arbeiterstande nur noch erweitert würde. Dabei erscheint es zweifelhaft, ob das geplante Unternehmen für die Stadt einen nennenswerthen finanziellen Vortheil im Gefolge haben wird, da die Einnahmen aus der Bürgerschule das in Wegfall kommende Volks-Schulgeld kaum sehr erheblich übersteigen werden. Man wünscht deshalb, daß der Bürgerausschuß das stadträthliche Projekt einer sehr strengen Prüfung unterziehe, damit nicht die in ihrer jetzigen Verfassung sehr gute einheitliche Volksschule gegen etwas vielleicht ganz Verschlehtes vertauscht werde. — Wenn das herrschende Bürgerthum wirklich einmal einen herzhaften Schritt nach vorwärts thut, so versteht es ganz gewiß nicht, nach dieser Heldenthat sofort wieder zwei Schritte rückwärts zu vollziren. Das lehrt die Mannheimer Schulhistorie aufs Neue.

Gegen die Verböferei der Mannheimer Schule wird nächsten Dienstag eine Protestversammlung abgehalten.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 28. d. M. eine Versammlung ab. Dieselbe hörte einen Vortrag des Genossen Alwin Gerisch über Genossenschaften, Boykotts und Kontrollmarken. Der Redner schilderte das Genossenschaftswesen in seiner jetzigen Form und meinte, daß die Genossenschaften wohl Einzelnen Vortheil bringen können, vom Parteistandpunkte aus aber im Allgemeinen keine sonderliche Beachtung verdienen, weil sie die Lebenshaltung der Gesamtheit nicht zu heben vermögen. Weiter seien Boykotts und Kontrollmarken unter

Umständen wirksame Kampfmittel, doch nicht auf alle Verhältnisse mit Erfolg anwendbar. Man müsse sich hüten, sie zu verallgemeinern, zu ihrer Durchführung den ganzen Partei-Apparat in Anspruch zu nehmen. Der Parteitag werde sich mit diesen Fragen eingehend zu beschäftigen haben. Redner empfahl dann, allen jenen Erscheinungen gegenüber, die in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere sozusagen wie Pilze aus der Erde schießen, völlig kaltes Blut zu bewahren und vom Standpunkt der sozialdemokratischen Partei aus ruhig zu erwägen, ob die Vorteile, welche den Einzelnen aus den Genossenschaften, den Boykotts z. erwachsen, die eventuelle Schädigung der Allgemeinheit aufwiegen. Die Darlegungen des Redners fanden Beifall. Die Diskussion gestaltete sich lang und lebhaft. Die verschiedensten Ansichten für und wider wurden namentlich in Betreff des Genossenschafts- und Kontrollmarkenwesens geltend gemacht. U. a. betonte man, daß, wenn die Partei als solche bzw. der „Vorwärts“ keine Veranlassung habe, sich für derartige Gründungen zu erwärmen, sie aber auch nicht Veranlassung nehmen sollten, denselben hindernd in den Weg zu treten, während andererseits betont wurde, daß es durchaus notwendig sei, etwaigen Schwärmern einen Dämpfer aufzusetzen und vor Ueberhebung derartiger Unternehmungen zu warnen. Die Auseinandersetzungen über das zur Tagesordnung stehende Thema füllten den ganzen Abend aus.

Die arbeitslosen Maurer und Verlagsgenossen Berlins und Umgegend waren gestern Vormittag nach dem Zeugpalast zu einer öffentlichen Versammlung entboten, um die Ursachen der Arbeitslosigkeit und deren Folgen zu erörtern. Die Versammlung war indessen nur von höchstens 200 Personen besucht; man beschloß sie trotzdem tags zu lassen, da verschiedene Kollegen anwesend waren, die sonst in Versammlungen nicht anzutreffen sind. Als Ursache der überall herrschenden Arbeitslosigkeit bezeichnete der Referent Kollege Wilke die zugellose Konkurrenz, welche auf allen Industriegebieten herrsche, das Bestreben, die Produkte so billig wie möglich auf den Weltmarkt zu bringen. Dazu gehöre Kapital und Maschinen; letztere nähmen den Arbeitern das Brot. Naturgemäß wies die industrielle Reserve-Armee auf die Lohnverhältnisse ein, die Löhne sanken immer tiefer, die große Masse werde konsumtionsunfähig, die Waaren fanden keinen Absatz, Geschäftsforderungen traten ein; so werde das Elend fortgesetzt größer. Um die schweren Folgen des wilden Konkurrenzkampfes nach Möglichkeit abzumildern, sei es notwendig, eine starke Organisation zu bilden. Endgiltige Besserung der Verhältnisse sei natürlich nur durch Beseitigung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise zu erzielen. Speziell das Baufach habe sehr darunter zu leiden, daß die „überschüssigen“ Arbeitskräfte aus anderen Gewerben sich dem Baufache zuwenden, indem die Maschinen hier noch nicht wie in anderen Gewerben dominieren, die Akkordarbeit und der Aufschwund seien weitere Miskstände im Baugewerbe. Das Volk nun habe ein Interesse daran, nicht zu verelenden, sondern sich lebenskräftig zu erhalten. Um dies zu ermöglichen, sei es Pflicht jedes Gewerkschaftsmitglied, sich den bestehenden Organisationen anzuschließen; man dürfe sich nicht in den Schmolzwinkel stellen und in Unthätigkeit verbarren. Mit der Enthaltungspolitik werde nichts erreicht. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer erhebe für die Wintermonate keinen laufenden Beitrag, sondern nur ein Eintrittsgeld von 30 Pf. Jeder Maurer könne sich deshalb dem Verein anschließen. Er schätzte die Zahl der arbeitslosen Maurer Berlins auf 6000—7000, veranschaulichte gleichfalls die Ursachen der Arbeitslosigkeit und bedauerte den schwachen Besuch der Versammlung. Die Noth sei schon im Sommer eingetrisen, das Elend werde im Winter grenzenlos werden. Trotz alledem seien die Maurer nicht zu bewegen, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Die Kollegen seien wohl politisch thätig, aber nicht gewerkschaftlich, und doch wären vor der Hand gerade die Gewerkschaften die Faktoren, welche die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verbessern können. Würde unter den Kollegen das Solidaritätsgelühl mehr Platz greifen, so würde es auch möglich sein, den elenden Verhältnissen im Baugewerbe wirksamer entgegenzutreten. Deshalb empfahl auch er den Anschluß an die Organisationen, insbesondere an den Verband der deutschen Maurer. Herr B o l z (Mitglied der Agrarpartei) entwickelte des Längeren seine sozialen Anschauungen vom agrarischen Standpunkte aus, bekämpfte das geltende römische Zinsrecht als Grundübel des heutigen sozialen Elends, das „falsche Kapital“, die Schuldwirtschaft zc. und forderte eine bessere Besitzverteilung. Folgende Resolution wurde beantragt:

„In Erwägung, daß die kapitalistische Produktionsweise uns auch in unserer besten Saison aufs Straßenspflaster wirft; in fernerer Erwägung, daß nur durch ein geschlossenes, gemeinsames Vorgehen dem Kapital entgegengegriffen werden kann, verpflichten sich alle anwesenden Maurer, soweit dies noch nicht geschehen, sich dem Vereine zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend anzuschließen.“

Diese Resolution wurde von B o r p a h l beantragt und befürwortet. Genosse K e p l e r nahm Veranlassung, den Gemüthsfragen des Herrn B o l z entgegenzutreten, veranschaulichte die heutige anarcho-kapitalistische Produktionsweise als die Hauptursache des herrschenden sozialen Elends. Nur durch Aufhebung des Privatbesitzes an den Herstellungsmitteln könne der wirtschaftlichen Noth der arbeitenden Massen gesteuert werden. Die Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Allgemeines Kranken- und Sterblichkeits-, sowie Zentral-Kranken- und Sterblichkeits-Verzeichnis. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Arbeiter-Gewerkschaften und Jugend. Freitag. Karl Marx, Abends 8 1/2 Uhr, bei Grube, Marienburgerstr. 10. — W e h e n, bei P. Ring, Bülowstr. 52. — „Goldschneider“, Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Peterson, Weteranenstr. 22.

Arbeiter-Gewerkschaften und Jugend. Freitag. Abends 8 1/2 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiser'scher Männerchor, Schönhauser Allee 25, bei Puhlen. — Nord, Elisabethstr. 14, bei Hülshagen. — Vorwärts 1, S.O. Arbeiterstr. 21, bei Wolf. — Kammer'scher Gesangverein, Linsenhofstr. 45, bei Tempel. — W a c h - b i n d e r, Männerchor Berlins, Alte Jakobstr. 66, bei H. Richter. — Raigold'scher, Hochstr. 22, bei Wiltz. — Gemüthlichkeit (Vater), Gedelstr. 10. — F r i s, Mannstr. 66, bei Zuber. — W a l m e, in Seilen, bei Schröder. — S i a n s, Silesstr. 12, in Calme, Mühlstr. 24, bei Stöhr. — V o r w ä r t s 2, (Süd), Silesstr. 43, Schöneberg, bei Siebenbaum. — S a n g e r, Fregelstr. 1, bei Heß. — bei Heß, bei Heß. — W o r g e n r o t h 2, Köpenick, Wargelstr. 2, bei Heß. — W a h r h e i t, An der Invalidenstraße 78, bei Franke. — K a r t h a u s - s c h e r, Gesangverein, Silesbergstr. 21, bei Heise. — „W o a b i t“, Wilhelmshofenerstr. 22, bei Wroß. — C o l l e g i a, Silesbergstr. 8, bei Heß. — F r e i e L e b e r t a f e l, Marienburgerstr. 8, bei Heß. — S i n t r a c h, in Alie und Neuenhagen, bei H. Stabelhof, Rudowstr. 10. — Gesangverein W o r g e n r o t h 3, Charlottenburg, Silesbergstr. 78, bei Wiltz. — Arbeiter-Gewerkschaft, Fregelstr. 1, bei Heß. — F r e i d i e n s t e i n e r, Silesbergstr. 11, bei Heß. — Gesangverein Berliner Typographia, Fregelstr. 22.

Band der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Aufschriften sind zu senden an Max Wang, Berlin, Westlichestr. 26, 1. Freitag: Gesangverein Grüne Tanne bei Kaiser, Westlichestr. 26. — Tambour-Verein Borussia bei Lehnitz, Königsbergstr. 24 (Nebengebäude). — Tambour-Verein Ruf bei Sperling, Fregelstr. 1. — Tambourverein Wirt bei Müller, Gartenstr. 62. — Theaterverein Wacche in Hoffmann's Palais, Oranienstr. 180.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Männer-Gesangverein Union, Abends 8 1/2 Uhr, Berliner Hofcafé. — Quartettverein Wedding, Abends 8 1/2 Uhr, bei König, Gerichtstr. 25. — Männerchor W a l d e r a u s c h e n, Abends 8 1/2 Uhr, bei Weigt, Wargelstr. 87. — Vrioot-Theaterverein Crescendo, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Wargelstr. 25. — W a s i l i e r e i T u s c h, Freitag Abends 8 1/2 Uhr, Restaurant Nebelin, Rangstr. 108. — S u b i n d e r, Männerchor, Abends 8 1/2 Uhr, Restaurant Richter, Alte Jakobstr. 66. — W a n t - T i l l e m a n n e r e i „T o n i k a“, Abends 8 1/2 Uhr bei Schulz, Krautstr. 29, Nebengebäude.

Berliner Turnvereine. Die erste Männerabteilung turnt Freitag und Dienstag Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr in der Turnhalle des Festung-Gymnasiums, Panitzschstr. 9—10. — Turnverein Gesundbrunnen die 1. Männerabteilung turnt heute Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr in der Turnhalle des Festung-Gymnasiums, Panitzschstr. 9—10.

Berliner Turnvereine. Abends 8 1/2 Uhr, Rosenhaldenstr. 11—13, im Restaurant. — Beranigungsverein Silesberg, Abends 8 1/2 Uhr, bei Heß, Oranienstr. 180 p. — Silesberger Arbeiterverein Silesberg, Abends 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 128 (Zoohaus). — Unterhaltungsclub Silesberg, jeden Freitag Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Silesberg, Fregelstr. 2. — S t a t i u s G r a n d, jeden Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Heise, Silesbergstr. 22.

Handklub Bothe Pfrife. Freitag: Sitzung bei Schulz, Plantagenstr. 9.

Kathreiner der Arbeiter. Die Jahrestellen befinden sich in den folgenden Lokalen: 1. Friedrichsbergstr. 25 bei Schmidt. 2. Silesbergstr. 107 bei Kramm. 3. Silesbergstr. 107 bei Heise. 4. Silesbergstr. 107 bei Heise. 5. Silesbergstr. 107 bei Heise. 6. Silesbergstr. 107 bei Heise. 7. Silesbergstr. 107 bei Heise. 8. Silesbergstr. 107 bei Heise. 9. Silesbergstr. 107 bei Heise. 10. Silesbergstr. 107 bei Heise. 11. Silesbergstr. 107 bei Heise. 12. Silesbergstr. 107 bei Heise. 13. Silesbergstr. 107 bei Heise. 14. Silesbergstr. 107 bei Heise. 15. Silesbergstr. 107 bei Heise. 16. Silesbergstr. 107 bei Heise. 17. Silesbergstr. 107 bei Heise. 18. Silesbergstr. 107 bei Heise. 19. Silesbergstr. 107 bei Heise. 20. Silesbergstr. 107 bei Heise. 21. Silesbergstr. 107 bei Heise. 22. Silesbergstr. 107 bei Heise. 23. Silesbergstr. 107 bei Heise. 24. Silesbergstr. 107 bei Heise. 25. Silesbergstr. 107 bei Heise. 26. Silesbergstr. 107 bei Heise. 27. Silesbergstr. 107 bei Heise. 28. Silesbergstr. 107 bei Heise. 29. Silesbergstr. 107 bei Heise. 30. Silesbergstr. 107 bei Heise. 31. Silesbergstr. 107 bei Heise. 32. Silesbergstr. 107 bei Heise. 33. Silesbergstr. 107 bei Heise. 34. Silesbergstr. 107 bei Heise. 35. Silesbergstr. 107 bei Heise. 36. Silesbergstr. 107 bei Heise. 37. Silesbergstr. 107 bei Heise. 38. Silesbergstr. 107 bei Heise. 39. Silesbergstr. 107 bei Heise. 40. Silesbergstr. 107 bei Heise. 41. Silesbergstr. 107 bei Heise. 42. Silesbergstr. 107 bei Heise. 43. Silesbergstr. 107 bei Heise. 44. Silesbergstr. 107 bei Heise. 45. Silesbergstr. 107 bei Heise. 46. Silesbergstr. 107 bei Heise. 47. Silesbergstr. 107 bei Heise. 48. Silesbergstr. 107 bei Heise. 49. Silesbergstr. 107 bei Heise. 50. Silesbergstr. 107 bei Heise. 51. Silesbergstr. 107 bei Heise. 52. Silesbergstr. 107 bei Heise. 53. Silesbergstr. 107 bei Heise. 54. Silesbergstr. 107 bei Heise. 55. Silesbergstr. 107 bei Heise. 56. Silesbergstr. 107 bei Heise. 57. Silesbergstr. 107 bei Heise. 58. Silesbergstr. 107 bei Heise. 59. Silesbergstr. 107 bei Heise. 60. Silesbergstr. 107 bei Heise. 61. Silesbergstr. 107 bei Heise. 62. Silesbergstr. 107 bei Heise. 63. Silesbergstr. 107 bei Heise. 64. Silesbergstr. 107 bei Heise. 65. Silesbergstr. 107 bei Heise. 66. Silesbergstr. 107 bei Heise. 67. Silesbergstr. 107 bei Heise. 68. Silesbergstr. 107 bei Heise. 69. Silesbergstr. 107 bei Heise. 70. Silesbergstr. 107 bei Heise. 71. Silesbergstr. 107 bei Heise. 72. Silesbergstr. 107 bei Heise. 73. Silesbergstr. 107 bei Heise. 74. Silesbergstr. 107 bei Heise. 75. Silesbergstr. 107 bei Heise. 76. Silesbergstr. 107 bei Heise. 77. Silesbergstr. 107 bei Heise. 78. Silesbergstr. 107 bei Heise. 79. Silesbergstr. 107 bei Heise. 80. Silesbergstr. 107 bei Heise. 81. Silesbergstr. 107 bei Heise. 82. Silesbergstr. 107 bei Heise. 83. Silesbergstr. 107 bei Heise. 84. Silesbergstr. 107 bei Heise. 85. Silesbergstr. 107 bei Heise. 86. Silesbergstr. 107 bei Heise. 87. Silesbergstr. 107 bei Heise. 88. Silesbergstr. 107 bei Heise. 89. Silesbergstr. 107 bei Heise. 90. Silesbergstr. 107 bei Heise. 91. Silesbergstr. 107 bei Heise. 92. Silesbergstr. 107 bei Heise. 93. Silesbergstr. 107 bei Heise. 94. Silesbergstr. 107 bei Heise. 95. Silesbergstr. 107 bei Heise. 96. Silesbergstr. 107 bei Heise. 97. Silesbergstr. 107 bei Heise. 98. Silesbergstr. 107 bei Heise. 99. Silesbergstr. 107 bei Heise. 100. Silesbergstr. 107 bei Heise.

Sprechsaal. Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

An die Genossen der Stadtteile Roabit und Wedding! Durch die letzte Lausallfeier haben sich mehrere Genossen veranlaßt gesehen, aus ihrem Gesangverein auszutreten; sie sind gefonnen, einen neuen Gesangverein zu gründen, welcher den Zweck verfolgen soll, bei Arbeiterfesten unentgeltlich mitzuwirken. Stimmbegabte Genossen, welche gewillt sind, den Verein mit zu gründen, werden hiermit zu einer Vorbesprechung eingeladen, die am Sonnabend, den 1. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr bei Hermer Schmidt, Perlebergerstr. 28, stattfindet.

Im Auftrage:
Johann P f a r r, Wildnaderstr. 49.
D. H e m p e l, Stephanstr. 8.
F r. W i l h., Schulendorferstr. 14.

Vermishtes.

Eisenbahnzusammenstoß. Diederhosen, 27. September. Auf dem Bahnhof von Dargarten stieß ein von Teterchen kommender Güterzug mit voller Festigkeit auf einen in Rangieren begriffenen Güterzug. Zwei Personen- und sechs Güterwagen wurden vollständig zertrümmert sowie auch die beiden Maschinen erheblich beschädigt. Leider trug auch der Lokomotivführer der einen Züge, Herr aus Diederhosen, eine schwere Verletzung davon. Er erlitt einen Beinbruch und mußte in das Hospital zu Diederhosen gebracht werden. Der andere Lokomotivführer rettete sich noch rechtzeitig durch einen Sprung von der Maschine.

Einbruchdiebstahl. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Zürich ist in der Nacht auf Sonntag, am Limmattal, im Goldwarengeschäft von Wilian Hild, ein großer Diebstahl verübt worden; hauptsächlich Uhren, im Werte von 15 000 Franken, fielen den Dieben in die Hände.

Ein eigentümlicher Eisenbahn-Unfall. Schreibt die „Frankfurter Zeitung“, ereignete sich am Donnerstag Morgen auf der Zurneh-Eisenbahn in England. Als nämlich die Lokomotive eines Güterzuges von Lindal nach Ulverston fuhr, sank plötzlich der hohe Eisenbahndamm 30 Fuß tief ein. Der Lokomotivführer hörte das Geräusch im Boden und hatte die Geistesgegenwart, Gegenstand zu geben und rechtzeitig von der Maschine zu springen. Raum war

er herab, so öffnete sich der Schlund und Lokomotive und Tender stürzten hinein. Es wurden sofort Arbeiter von Barrow herbeigeschafft, um die Lokomotive freizumachen. Um 3 Uhr Nachmittags geriet die Erdmasse wieder in Bewegung. Den Arbeitern gelang es, sich noch rechtzeitig aus dem Staube zu machen, sonst wären wohl Alle verschüttet worden. Das Loch wurde nämlich plötzlich 60 Fuß tief. Einige Minuten später hörte man, wie die Maschine mit lautem Getöse in den Stollen eines verlassenen Bergwerks fiel. Die acht Geleise, welche sich auf dem Bahndamm befanden, hingen entweder in der Luft oder waren ineinander gerathen. Die Lokomotive ist natürlich verloren. Die Bahn, welche sich an der beschriebenen Stelle über die Parkside-Gruben hinzieht, gilt schon seit 3 bis 4 Jahren auf der Strecke nicht für sicher. Kleinere Senkungen sind häufig vorgekommen, daß eine so starke aber möglich sei, hatte man nicht geglaubt. Wahrscheinlich haben die heftigen Regengüsse der letzten Wochen den Bahndamm unterwoschen. Die Reparaturen werden voraussichtlich eine ganze Woche in Anspruch nehmen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 28. September. Nach Bester Meldungen der hiesigen Blätter sind von der ruffinischen Bevölkerung der Gemeinde Kereke im Marmaroser Comitai am 21. d. M. Ausschreitungen gegen die Juden begangen worden, indem dieselben mißhandelt und mit dem Tode bedroht wurden. Der rechtzeitig eingetroffenen Gendarmerie gelang es, durch einen Bajonettangriff die renitente Menge auseinanderzutreiben und die Haupttrabantenführer zu verhaften.

Petersburg, 29. September. Der ruffinische „Moskauer Zeitung“ ist eine zweite Verwarnung erteilt worden und zwar wegen eines Artikels über den Hirtenbrief des Moskauer Metropolitens.

Stockholm, 29. September. Bei den vorgestern und gestern stattgehabten 9 Neuwahlen zur ersten Kammer wurden sieben Schutzkölner und zwei Freihändler gewählt.

Brüssel, 29. September. Die „Gazette“ veröffentlicht, wenn schon mit allem Vorbehalt, eine ihr von angeblich sehr gut unterrichteter Seite zugegangene Meldung aus dem Kongostaat. Danach wäre einer belgischen und einer holländischen Gesellschaft, welche in dem Äquatorgebiet am Kongo mehrere Niederlassungen besitzen, eine vom 8. Mai datirte Verfügung des betreffenden Distriktskommissars des Kongostaates zugestellt worden, wodurch jeder Handel mit Kaufschul unterlagt wird. Wie das Blatt ferner bemerkt, soll die holländische Regierung ihren Gesandten in Brüssel beauftragt haben, bezüglich dieser Verletzung des Berliner Vertrages bei der Regierung des Kongostaates vorstellig zu werden.

Budapest, 29. September. Die Abgeordneten wählten die Delegation, darunter auch zum ersten Male seit 1867 ein Mitglied der äußersten Linken. Kovacs brachte sodann eine Interpellation über den Fortbestand der Tripelallianz ein, in welcher er verweist auf die gewöhnlich von den Delegationen verbreiteten Alarmgerüchte, sowie auf die vorjährige Thronrede, welche Beunruhigung hervorgerufen habe, und fragt an, ob die Allianz ernstlich bestehe; ob die Regierung geneigt sei, dahin zu wirken, daß bei den Delegationen keine Neuerungen erfolgen, welche das Gefühl der Gesichertheit des Friedens erschüttern könnten.

Lyon, 29. September. Ein sozialistisches Meeting beschloß eine energische Agitation unter der Landbevölkerung. Der Bergarbeiter-Kongress der Ricamarie beschloß eine nationale Vereinigung aller Bergleute Frankreichs und ernannte eine Organisationskommission, erklärte sich ferner solidarisch mit dem schweizerischen in Carmaux.

Aden, 29. September. Französische Berichte kündigen für den Winter einen Vormarsch der arabischen Armeen gegen den Süden an zwecks Vernichtung der Deutschen, Engländer und Belgier in Mittel- und Südafrika. Alle Araber im Sudan hätten sich gegen die Europäer verschworen. Die Sklavenjagden und die Ausfuhr ist in stetem schnellem Zunehmen, namentlich in Nombattu Unio, Urungi und Ugogo. Die Sklaven werden ungehindert über Witu, Gardafui, Massuah und Suakim verladen; 70 pCt. derselben sterben auf dem Transport.

Briefkasten der Redaktion.

H. H. Heimstr.: Wenden Sie sich an den Hamburger Senat.

H. B. Versuchen Sie es mit einem Zeitungsinserat.

H. Schöpe. Wir bitten um Ihren Besuch (Abends 7 bis 8 Uhr).

F. G. In Gdeltich selbst erscheint kein sozialdemokratisches Blatt. Die schlesischen Blätter unserer Partei sind die Breslauer „Volkswacht“ und der in Langenbielau erscheinende „Proletariat aus dem Culengebirge“.

H. Krubi. Das Statut steht zu Ihrer Verfügung.

Ernst Eger, Großenhain. Wir können solche Warnungen nur in ganz besonderen Fällen veröffentlichen.

F. H. Heideberg. Regel's Sozialdemokratisches Wiederbuch kostet 40 Pfennig (5 Pf. für Porto extra) und ist von der Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW., Weuthstr. 2, zu beziehen.

Loose. Ihr Schreiben ist gänzlich unverständlich.

F. E. 51. Verlangen Sie zunächst spezifizirte Rechnung. Für jede Operation können 15 M. und 5 M. für den Ästheten berechnet werden.

H. F. Wiberach a. Rh. Nach Ihrer Darstellung können wir Ihnen nicht rathen, den Klageweg zu beschreiten.

Dem Genossen Wilhelm Gräf zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerdes Hoch, daß seine neue Wohnung wackelt! Die tolle 8 von Berlin I.

Unsern Kollegen O. Garreis zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerdes Hoch! 2263b Die Kollegen H. W., M. R.

Achtung! Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich die Restauration Zimmerstraße 2 übernommen habe. Mittags 12 bis 1 Uhr. Hier 50 Pf. 2265b Karl Kähler.

Größtes Lager Berlins Kinderwagen. Andreaskstr. 23. H. P.

Arbeitsmarkt. Berggolberg, a. H. v. Müdersdorferstr. 9. Werksleiter a. G. 21. v. Marxstr. 40.

Lehrling verlangt sofort 3038L G. Superczynski, Zahnkünstler, Invalidenstr. 105, II.

Codesanzeige. Allen Genossen, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Bräutigam, der Buchbinder **Max Eichhorn,** am Dienstag, den 27. d. Mts., an der Lungen- und Nierenkrankheit sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag, 30. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Wronnenstr. 83, Seitenstr. 4 Tr., nach dem Friedhof der freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee, statt. Um stille Theilnahme bittet Seine Braut **Anna Pantan** nebst Eltern. 3039L

Sophabezüge! Reste in Rip, Damast, Granit, Blüsch u. bun. Stoff, spottbillig. Emil Lefevre, Oranienstr. 158. Proben franko! 1892 L

Sep. fctd. Schlast. Oranienstr. 187. Seitenstr. 3 Tr. I. 2231b

Kathreiner's Malz-Kaffee

Nur in Packeten mit dieser Schutzmarke.

Patentirtes Fabrikations-Verfahren.

Vorzüglichster Zusatz und Ersatz für Bohnenkaffee.

Malz mit Kaffee-Geschmack.

Kathreiner's Malz-Kaffee-Fabriken München, Wien-Basel-Mailand-Dijon, Filialen in Berlin und Paris.

Goldene Medaille Halle 1891. Goldene Medaille Leipzig 1892.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein neu eröffnetes **Tabacogeschäft**, Berlin W., Potsdamerstr. 66. 2262b **Fritj Berlach.**

Ein Bierverlag für 96 Thlr. Zu erfragen b. Schlett, Wienerstr. 1/8, Laden.

Im Osten ist sof. e. gangb. Destillation zu verl. g. Brotstesse u. d. Genossen sehr zu empf. auf d. Grundst. versch. Fabr. Näh. im Postamentiergeschäft v. Horwich, Krautstr. 6. 2271b

Alte Stiefel für Herren u. Damen Einienstraße 6. 2268b

Leere, freundl. Stube sofort oder später zu verm. Liebrich, Planufer Nr. 91, v. 3 Tr., a. d. Admiralsbrücke.

Fctd. Schlast. für Hrn. bei Saage, Kommandantenstr. 30, 4 Tr. 2264b

Langestr. 15, Querg. 2 Tr. I. b. W. Hochfeld ist Schlast. f. Hrn. zu verm.

Fctd. möbl. Schlast. f. anst. Herrn Alexandrinenstr. 101 b. Frau Göge.

Fr. Schlast. bill. Dresdenerstr. 126, S. III. I.

Bollinerstr. 6 fctd. Postwohnungen, 2 St. u. R. 315 M. 2275b